

# Halle-Forum 2013

## Der Volksaufstand am 17. Juni 1953

Tagung vom 12. bis 13. September 2013



Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik  
in Sachsen-Anhalt (Schriftenreihe Band 69)



### Bildnachweis:

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (6)

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik des Landes Sachsen-Anhalt (5; Umschlag hinten)

Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle (Saale) (Umschlag vorne und Impressumseite)

17. Juni 1953: 60 Jahre Erinnerungskultur in Gommern, Zeiteinsprünge-Team 2013 der „Europaschule“ Gymnasium Gommern (Titelseite)



# Halle-Forum 2013

## Der Volksaufstand am 17. Juni 1953



Tagung vom 12. bis 13. September 2013

Abbildung: 17. Juni 1953: 60 Jahre Erinnerungskultur in Gommern, Zeiteinsprünge-  
Team 2013 der „Europaschule“ Gymnasium Gommern.

## **Halle-Forum 2013**

### **Der Volksaufstand am 17. Juni 1953**

In der Saalestadt Halle spiegelte sich im Schicksalsjahr 1953 auf regionaler Ebene die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegen die herrschende Partei- und Staatsführung in der DDR. Die hielt trotz Zurücknahme der Normerhöhungen in der Produktion an. Kritische Stimmen – vor allem diejenigen mit öffentlichkeitswirksamer Resonanz – wurden vom polizei- und geheimdienstlichen Machtapparat unterdrückt, und zahlreiche Menschen verschwanden in den Gefängnissen.

Mit dem Tod Stalins am 5. März 1953 war die Hoffnung auf eine Besserung der Lage in der gesamten Republik verbunden. Doch die Menschen wurden enttäuscht. Die Entwicklung in Anlehnung an das sowjetische Gesellschaftsmodell setzte die DDR-Regierung unter Walter Ulbricht fort. Im ersten Halbjahr 1953 flüchteten allein aus Halle 2.500 Bürger nach West- deutschland oder West-Berlin. Am 17. Juni 1953 kulminierte die Situation im einzigen DDR-weiten Volksaufstand, der letztendlich vor allem durch den Einsatz sowjetischer Militärs scheiterte.

Das Halle-Forum 2013 erinnert an die Ereignisse vor 60 Jahren, wobei der Fokus auf bislang wenig bekannten regionalen Abläufen liegt.

## Inhaltsverzeichnis

Geleitwort der Landesbeauftragten	4
Zeitzeugen im Gespräch: Hermann Rosenfeld (Halberstadt) in Begleitung von Olaf Beder (Halberstadt)*	6
Präsentation des Schülerprojektes: „Der 17. Juni 1953 in Gommern“ (Isabell Lübkemann)	9
Der Funke im Pulverfass. Die Berliner Stalinallee als Symbol des Aufbaus und als Zentrum des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953: Dr. Stefan Wolle (Berlin)	12
Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode: Prof. Dr. Konrad Breitenborn (Magdeburg)	27
Der 17. Juni 1953 im Geschichtsbild und im Geschichtsbewusstsein in der Gegenwart. Einige Gedanken zur Neuorientierung der Erinnerungskultur: Prof. Dr. Thomas Großbölting (Münster)**	41
Impressum	52

\* aus: Halberstadt am 17. Juni 1953 – Schauplatz der Geschichte / Eine Dokumentation, ISBN: 3-95462-068-5, mit frdl. Genehmigung

\*\* aus: „Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953“, Hrsg.: Andreas H. Apelt, Jürgen Engert, ISBN: 3-95462-225-4, mit frdl. Genehmigung

## Geleitwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

jedes Jahr findet das Halle-Forum als Treffen ehemaliger politischer Häftlinge untereinander und zugleich als Fortbildungsveranstaltung statt. 2013 stand diese Veranstaltung unter dem Thema „Der Volksaufstand am 17.06.1953“ mit dem Schwerpunkt auf den Ereignissen in Mitteldeutschland.

„Der 17.Juni solle aus der Erinnerungsreserve geholt werden“ sagte Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Ansprache anlässlich des 60. Gedenktages zum 17.06. 1953 im deutschen Bundestag in Berlin. In Sachsen-Anhalt insbesondere in Eisleben, in Gommern, Halberstadt, in Halle/Saale ist dies geschehen. Hier und an anderen Orten haben Historiker, Studenten-oder Schülergruppen die Ereignisse des 17. Juni aus dem Erinnerungsdunkel herausgeholt. Sie haben mithilfe von Quellenmaterial, Stasiakten und den noch möglichen Zeitzeugengesprächen Informationen, Eindrücke und Bilder zusammengetragen. Die Gespräche mit dem Zeitzeugen sind dabei besonders wertvoll.

Mit diesen Forschungsprojekten wird eine Lücke in der Erinnerung und im Gedächtnis, die den 17. Juni betreffen, geschlossen. Eine Gedächtnislücke, die bis 1989 in der DDR weitreichende Folgen hatte. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 und damit die Demokratiebestrebungen des Volkes wurden von der offiziellen staatstragenden Geschichtsschreibung verschwiegen. Ehemalige Akteure und Teilnehmende an den Protesten schwiegen aus Angst vor Repressionen ebenfalls.

Das Halle-Forum 2013 widmete sich thematisch den Ereignissen des 17.06.1953 in Mitteldeutschland. In diesem Band werden einige der Beiträge wiedergegeben, die während des Halle Forums präsentiert wurden.

Dazu gehört ein Gespräch mit Hermann Rosenfeld aus Halberstadt, der als Zeitzeuge ein Schülergeschichtsprojekt des Martineums in Halberstadt unterstützt hat. Das Projekt ist in einer Broschüre unter dem Titel: ‚Halberstadt am 17.06.1953-Schauplatz der Geschichte/eine Dokumentation‘ (Mitteldeutscher Verlag 2013) dokumentiert.

Mittelpunkt der Veranstaltung war die Präsentation des Schülerprojekts zum 17.Juni 1953 in Gommern, das innerhalb des größeren Jugendgeschichtsprojektes „Zeitensprünge“ realisiert wurde.

Stefan Wolle arbeitet in seinem Beitrag die Ereignisse des 17. Juni in Berlin auf, Konrad Breitenborn für Wernigerode. Insbesondere beeindruckten die Ton- und Bilddokumente aus dem ELMO-Werk, die das Geschehen nacherlebbar machen.

Thomas Großbölting fordert eine kritische Reflexion der Erinnerungskultur, die historische Daten nicht einfach vereinnahmt, sondern in Beziehung setzt zu konkreten Erzählungen und Erfahrungen, die anschlussfähig sind in die Gegenwart.

Das Halle-Forum war eine gute Gelegenheit zur Begegnung und Austausch auch über die Generationen hinweg. Die interessierte und aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler der Europaschule Gymnasium Gommern hat insbesondere die älteren Teilnehmenden beeindruckt.

Überschattet wurde das Treffen durch die Nachricht vom Tod Erich Loests am 12.09.2013 in Leipzig. Erich Loest war 1957 zu einer siebeneinhalbjährigen Freiheitsstrafe wegen konterrevolutionärer Gruppenbildung verurteilt worden und hatte diese in Bautzen II verbüßt. Erich Loest hat später in seinen Werken über diese gestohlene Zeit geschrieben. Die Nachricht von seinem Ableben löste Trauer und Bestürzung aus. Die Teilnehmer gedachten seiner in einer Schweigeminute.

Das Halle-Forum fand in der Gedenkstätte Roter Ochse und im Maritim-Hotel Halle statt. Die Veranstalter danken allen, die mithalfen, es zu einer gelungenen Veranstaltung werden zu lassen.

Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR in Sachsen-Anhalt

## **Zeitzeugenbefragung – Hermann Rosenfeld**

### **Zeitzeugenberichte**

*Die Berichte der Zeitzeugen ermöglichen einen ersten Blick auf die Ereignisse in Halberstadt aus Sicht der vor Ort befindlichen Personen. Ihre in den Interviews gemachten Aussagen werden folgend zusammenfassend wiedergegeben. Die Reihenfolge der abgedruckten Texte unterliegt dabei keinem Ranking.*

#### **Hermann Rosenfeld, Reichsbahnausbesserungswerk**

Hermann Rosenfeld, Schüler des Martineums, Abiturjahrgang 1952, war zur Zeit der Unruhen zur „Bewährung“ im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW), da es am Ende seiner Schulzeit zu einer viel diskutierten Abschlussfeier gekommen war. Am 17. Juni erfuhr er über Rundfunk (RIAS) vom Streik. Daraufhin formierte sich am 18. Juni eine spontane Protestveranstaltung im Speisesaal des RAW, auf der er von Kollegen zum Wortführer bestimmt wurde. Als Gründe für den Streik führte er die Normerhöhungen, den niedrigen Lebensstandard und Missstände im politischen System an. Trotz der Bemühungen der Gewerkschaftsführer<sup>2</sup>, die Arbeiter davon zu überzeugen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, legten die Angestellten des RAW ihre Arbeit nieder und folgten so dem Streikkomitee mit Hermann Rosenfeld. Schon am Nachmittag waren die Auswirkungen der landesweiten Streiks zu spüren, da der Ausnahmezustand ausgerufen wurde. Die Sicherung der Situation im Staat sollte mit Hilfe der sowjetischen Besatzer garantiert werden. Der Ausnahmezustand beinhaltete die Aufhebung aller persönlichen Rechte, unter anderem die Aufhebung des Versammlungsrechts für mehr als drei Personen. Aufgrund der Verfolgung der Streikführer floh Rosenfeld, der von Freunden gewarnt worden war, mit Hilfe von ehemaligen Mitschülern über die Grenze.

Bis heute ist er der Ansicht, dass der Streik gegen das DDR-Regime gerechtfertigt war und ohne das Eingreifen der sowjetischen Truppen „zum Zusammensturz der DDR geführt hätte“.

#### **Beispiel einer Zeitzeugenbefragung – Hermann Rosenfeld (gekürzt)**

*Schüler: Wir wissen, dass Sie an unserer Schule 1952 Ihr Abitur abgelegt haben. Wie kommen Sie da mit dem Aufstand 17. Juni 1953 in Berührung?*

Hermann Rosenfeld: Im Anschluss an die diversen „Feiern“ nach dem Abitur hatten wir auf dem Privatgrundstück unseres Klassenkameraden Klamroth eine „Bücherverbrennung“ vorgenommen. Diese wurde als Provokation gegen das Regime aufgefasst und auch so in der örtlichen



Presse dargestellt. Man verweigerte der ganzen Klasse die Herausgabe der Abi-Zeugnisse. Bewährungsmaßnahme: „Arbeit in der Produktion.“

*Wie haben Sie den 17. Juni 1953 erlebt?*

HR: Ich habe an diesem Tage ganz normal meine Arbeit aufgenommen. Vom Fahrpersonal, welches am 17. Juni in Berlin gewesen war, erfuhren wir gerüchteweise, dass dort von Bauarbeitern der Stalinallee gestreikt wurde. Weitere Informationen kamen über RIAS. Zur Frühstückspause am 18. Juni versammelte man sich im kleinen Gemeinschaftsraum der Kesselschmiede. Es wurde diskutiert, auch Funktionäre schalteten sich ein. Schließlich setzte sich die Meinung durch, dass man als größter Betrieb Halberstadts (ca. 1.200, 1.500 Mitarbeiter) nicht „abseits stehen“ könnte, und so beschloss man, ein Streikkomitee für den Gesamtbereich RAW zu wählen. Für den Bereich Kesselschmiede wurde ich nominiert. Es folgte die Einberufung einer Betriebsversammlung.

*Was hat die Betriebsversammlung ergeben?*

HR: Zunächst hitzige Diskussionen und dann ein Vier-Punkte- Programm als Forderung an die Betriebsleitung:

1. Freie Wahlen
2. Rede- und Versammlungsfreiheit
3. Pressefreiheit
4. Rücktritt der SED-Regierung („Der Spitzbart\* muss weg!“)

Weitere Einzelüberlegungen, wie z. B. Norm-Erhöhung, HO-Preise, Wiedervereinigung, Gefangenenbefreiung sollten diesem 4-Punkte- Plan zugeordnet werden. Gewalt war kein Thema. Mit diesem Konzept versehen, sollte das nominierte Streikkomitee zum Fischmarkt gehen, um dort an der – wie man gerüchteweise hörte – Großdemonstration Halberstädter Betriebe teilzunehmen.

*Was taten Sie dann?*

HR: Es war früher Nachmittag und ich wollte zum Umkleiden nach Wehrstedt – nach Hause. An der Wehrstedter Brücke empfingen mich Gisela Pape und Charlotte Laaß, Altersgenossinnen von mir, mit dem Auftrag meiner Mutter, mich ja nicht nach Hause gehen zu lassen, da sonst eine Verhaftung zu befürchten sei. Ich solle bei Freunden / Klassenkameraden vorerst bleiben. Weitere Anweisungen kämen noch. Die Mädels hatten Fahrrad, Jacke und Ledertasche schon dabei.

*Was war passiert?*

\* Anspielung auf den SED-Chef Walter Ulbricht.

HR: In der Personalabteilung Kader des RAW hatte man sich die Anschrift von mir wegen meiner „Rädelsführerschaft“ geben lassen. Meine Mutter arbeitete in dieser Abteilung, und so entging ich der Verhaftung. Meine Mutter hat man später in „Sippenhaft“ genommen.

*Wie ging es dann weiter mit Ihnen?*

HR: Ich begab mich auf die Flucht Richtung Westen. Da Ausnahmezustand herrschte, war der Weg über Berlin unrealistisch. So blieb nur der Weg auf „Schleichwegen“ Richtung Dedeleben.

*Könnten Sie uns etwas über den Verlauf Ihrer Flucht sagen?*

HR: Zunächst übernachtete ich in Halberstadt vom 18. / 19. Juni beim Klassenkameraden Dieter Högermann in der Gartenstadt. Vom 19./20. verblieb ich im Zentrum Halberstadts (Schlachthof) beim Klassenkameraden Günther Röhrs. (Vater war Direktor des Schlachthofes, wurde nicht eingeweiht). 20. /21. Juni Emersleben, Gewährsmann Horst Bröer, RAW. 21. /22./23. unterwegs Richtung Pabstorf unter Vermeidung größerer Ortschaften wie Schwanebeck und Schlanstedt. Von Pabstorf ging es nur noch zu Fuß weiter. Das alles hatte mein Gewährsmann Werner Israel, Kesselschmiede RAW, auf einer Wander-Hand-Skizze festgelegt. In diesem Geländeabschnitt liegen mehrere Bruchgräben kurz hintereinander. Diese zu überspringen ist jedem mittleren Sportler ohne Probleme möglich. In meiner Aufregung bin ich natürlich „hineingetappt“. Durch die Hilfe eines Traktorenfahrers, er gab mir Sichtschutz, gelang mir der letzte Teil der Grenzüberquerung.

## **Präsentation des Schülerprojektes: „Der 17. Juni 1953 in Gommern“ (Isabell Lübkemann)**

Nach bereits vorangegangenen Regionalgeschichtlichen Projekten des „Europaschule“ Gymnasiums Gommern, welche im Rahmen des Zeitensprünge-Programms gefördert wurden, begannen Anfang des Jahres 2013 die Arbeiten an der wissenschaftlichen Aufarbeitung des „17. Juni 1953 in Gommern“. Acht Schüler, eine Studentin und mehrere Lehrkräfte beteiligten sich an der Arbeit, welche zum Sachsen-Anhalt Tag, dem Halle-Forum, der Meile der Demokratie und einer Lokalen Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Ereignisse vorgestellt wurde.

Bei einem Ausflug der 12. Klassen zur Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle, kam einer der verantwortlichen Lehrer mit Herrn Gursky in Kontakt. Dieser bot sich an nach Gommern an das Gymnasium zu kommen und von seiner Arbeit zu erzählen. Dabei sprach er auch von dem alljährlich stattfindenden Halle-Forum und seinem Wunsch, dass dieses stärker mit Schulen kooperieren sollte. So kam es dazu, dass bald darauf der Plan stand ein Projekt zu verfolgen, welches von den Schülern bearbeitet wurde und auf dem Halle-Forum vorgestellt werden konnte.

In der etwa ein halbes Jahr andauernden Vorbereitung darauf, wurde nach Quellen, Zeitzeugen und Erinnerungskultur vor Ort gesucht. Es gab aber in Gommern nur sehr wenig zu finden, weder der Heimatverein, noch das ansässige Stadtarchiv oder die ehemalige Untersuchungshaftanstalt, sowie der ehemalige VEB „Geologische Bohrungen“, welcher aufgrund seiner Größe die meisten Demonstrationsteilnehmer gestellt hatte, hatten aussagekräftige Akten zur Verfügung. Aus diesem Grund musste die Arbeit ausgeweitet werden. Es wurde ein Zeitzeugenauf Ruf in der lokalen Presse initiiert und Akten aus dem BStU Archiv geordert. Auch die wenig vorhandene Sekundärliteratur zum Thema floss in die Arbeit mit hinein.

Neben dem allgemeinen Verlauf der Ereignisse in der Kleinstadt, welche auf sehr verschiedenen Wegen ihren Ausgang genommen hatten, erregte insbesondere die Person Eberhard Nachmann das Interesse der Gruppe. Der ehemalige Bürgermeister und Rechtsanwalt wurde neben anderen zum zentralen Akteur in der angespannten damaligen Situation. Insbesondere durch seine jüdische Herkunft und seinen Aufenthalt in einem Konzentrationslager, wurde er maßgeblich zum Gegensymbol der Propaganda vom „Faschistischen Putsch“. Doch nicht nur sein Name ist eng mit den Vorgängen in der Kleinstadt verbunden. Auch die Leidensgeschichte von Werner Mangelsdorf, der in einem Schauprozess vor dem Obersten Gericht der DDR 1954 verurteilt wurde, und vielen noch öffentlich unbekannten Personen nahm von dort ihren Ausgang.

Doch die umfangreiche Bearbeitung des Projektes brachte ebenso zahlreiche Schwierigkeiten mit sich, die sowohl organisatorischer, als auch inhaltlicher Natur waren. Insbesondere das wissenschaftliche Arbeiten, die Gespräche mit Zeitzeugen und sich widersprechende Quellenaussagen seien an dieser Stelle genannt. So gab es beispielsweise einen Zeitzeugen, der durchaus ein sehr starkes Bedürfnis danach hatte seine Beobachtungen von diesem Tag mit der Öffentlichkeit zu teilen, der aber aus vergangenen Erfahrungen mit dem Vorgehen der Aufarbeitung dem Projekt sehr skeptisch gegenüberstand und aus diesem Grund lieber anonym bleiben wollte.



Neben der Erarbeitung von Informationen war es auch eine Herausforderung, insbesondere in Vorbereitung auf das Halle – Forum, die gesammelten Eindrücke in einem Gesamtbild zusammenzufassen und anschließend möglichst umfangreich zu vermitteln. Aus diesem Grund arbeitete man intensiv an einer multimedialen Darstellung des Themas. So gab es Plakate, eine Präsentation, Podcasts, die insbesondere schriftliche Zeitzeugenaussagen wieder zum Leben erwecken sollten und auch eine Webseite, die nicht nur über 17. Juni in Gommern berichtet, sondern auch zum Thema Mitbestimmung in der DDR Informationen bereithält. Gern würde das Gymnasium die Forschungsergebnisse auch nachhaltig nutzen und den entstandenen Internetauftritt aktuell halten, jedoch ist dies in der Praxis kaum umsetzbar, das es in hohem Maße von der Förderung durch Dritte abhängig ist.

Das Ergebnis, welches nur einen Teil der Informationen enthält, die man aus den Ereignissen am 17. Juni 1953 in Gommern entnehmen kann, wurde von allen Beteiligten auf dem Halle-Forum 2013 präsentiert. Ein besonderer Dank geht dabei noch an das Netzwerk von Unterstützern und Förderern, die die Arbeit in diesem Umfang erst möglich gemacht haben. Genannt seien hier die Landeszentrale für Politische Bildung mit dem Zeiteinsparung-Projekt, die Organisatoren des Sachsen-Anhalt Tages 2013, die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die Stiftung Demokratische Jugend, die LStU Sachsen-Anhalt und die BStU-Außenstelle Magdeburg.

Es haben bereits die Arbeiten an einem Nachfolgeprojekt für das Jahr 2014 begonnen zu „25 Jahre Mauerfall in Gommern“.

Am 17. Januar 2014 wurde auf dem Platz des Friedens in Gommern eine Gedenktafel für Eberhard Nachmann enthüllt.

Weiterführende Informationen: [www.mitbestimmung-ddr.jimdo.de](http://www.mitbestimmung-ddr.jimdo.de)

## **Der Funke im Pulverfass. Die Berliner Stalinallee als Symbol des Aufbaus und als Zentrum des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953: Dr. Stefan Wolle<sup>1</sup>**

„Unser Tag ist voll fröhlicher Lieder und vom Rhythmus der Freude beschwingt“, schmetterten in den frühen fünfziger Jahren die Chöre der Freien Deutschen Jugend. „Aus Betrieben und Schulen hallt' s wieder, wenn das Marschlied der Jugend erklingt. Baut die Straßen der Zukunft zu Ende. Vorwärts, Freunde vom Jugendverband!“<sup>2</sup>

Die Straße der Zukunft – das war der Weg der jungen Generation in eine neue Zeit, gleichzeitig aber auch schon die Zukunft selbst – neue, schöne, moderne und lichtdurchflutete Bauwerke. In den Städten der Zukunft sollte es breite Straßen geben, auf denen jubelnde Massen Platz hatten, die den Blick auf den Himmel frei ließen und vom Sturmwind durchweht waren, der die Fahnen flattern ließ. Die Straße der Zukunft ging geradeaus ohne Kurven und Krümmungen der aufgehenden Sonne entgegen.

Solche Straßen zu bauen – ja die ganze Welt in eine solche Straße zu verwandeln – schickte sich die junge Generation unter Führung der Partei der Arbeiterklasse an. So wenigstens war die propagandistische Selbststilisierung der Führung und ihrer aktiven Anhängerschaft.

Der zentrale Begriff der Lieder, Parolen und Bilder der frühen fünfziger Jahre war keineswegs der Sozialismus oder der neugegründete Staat, sondern neben dem Frieden vor allem der Begriff des Aufbaus, und zwar im metaphorischen wie im ganz buchstäblichen Sinne.

### **Die Straße der Zukunft**

Ende 1951 erhielt die Aufbaupropaganda der SED ihren zentralen Bezugspunkt und ihren konkreten Ort. Am 25. November 1951 stellte das Zentralorgan der SED in der Überschrift zum Leitartikel die rhetorische Frage: „Wäre es nicht schön?“ und lieferte die mit einem Ausrufezeichen versehene Antwort gleich mit: „Es wäre schön!“

Der Rest der großformatigen Titelseite des „Neuen Deutschland“ war gefüllt mit einem „Vorschlag des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den Aufbau Berlins“. Natürlich war der Begriff des Vorschlags in diesem Zusammenhang ebenfalls rein rhetorisch gemeint. Das Aufbauprogramm für Berlin war zu diesem Zeitpunkt längst

1 *Der Aufsatz verwendet überarbeitete Passagen aus „Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949–1961)“, Berlin 2013.*

2 *Baut die Straßen der Zukunft, Worte: Fritz Kracheel, Musik: Kurt Greiner-Pol, in: Seid bereit! Liederbuch der Thälmann-Pioniere, Leipzig 1973, S. 412 f.*

beschlossene Sache. Nach einer kurzen und intensiven Diskussionsphase hatte die Parteiführung verfügt, die Stalinallee im Osten der Stadt gigantisch auszubauen. In einem internen Diskussionspapier hieß es: „Die Planung und Rekonstruktion Berlins und der Aufbau im Jahre 1952 sind eine politische Aufgabe von besonderer Bedeutung. Sie schaffen das begeisternde Beispiel des friedlichen Aufbaus und zeigen der Bevölkerung Westberlins und Westdeutschlands, zu welchen Leistungen die Werktätigen fähig sind, die von der Herrschaft der Imperialisten befreit und nicht dem Kommando der anglo-amerikanischen Gouverneure unterworfen sind.“<sup>3</sup>

In dem veröffentlichten Aufruf wird vor allem an das Nationalgefühl appelliert: „Die Geschichte zeigt, dass auch das deutsche Volk imstande ist, große Leistungen im Namen der Nation zu vollbringen.“<sup>4</sup> Den Menschen werden geräumige, moderne Wohnungen in neuen Stadtteilen versprochen. Von einem „Aufbaufieber“ ist die Rede, das die Menschen in Ost und West erfassen würde.

Von nun überschlug sich die Propaganda über den Bau der Stalinallee fast täglich. In Zeitungen, auf Plakaten und im Rundfunk wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich am Aufbauprogramm zu beteiligen. Bereits wenige Wochen nach der öffentlichen Verkündung des Vorschlages der Partei vermeldete das Nationale Baukomitee zahlreiche Selbstverpflichtungen und Vorschläge für die Realisierung der hochgesteckten Ziele. In den Kinos lief seit Ende November 1951 ein DEFA-Film mit dem Titel „Die neue Wohnung“, in dem über die Aufbaupläne in der Stalinallee berichtet wurde. Überall in der Republik fanden Versammlungen zur Information und zur Propagierung der Spendenaufrufe statt. Es bildeten sich Betriebskomitees, Schulkomitees und Komitees im Wohngebiet, die freiwillige Verpflichtungen übernahmen. Die Werktätigen standen Schlange, um die begehrten Aufbausparbücher zu bekommen und drei Prozent ihres Lohnes abzuführen – jedenfalls wurden Pressefotos mit solchen Szenen veröffentlicht. In der anlässlich der Weltfestspiele im Sommer 1951 aus dem Boden gestampften Sporthalle in der Stalinallee öffnete eine ständige Bauausstellung ihre Pforten. Dort konnten die Berliner ein Modell der geplanten Allee bewundern. Es versteht sich, dass die Begeisterung riesengroß war. Und auch die Kunstschaffenden wollten nicht zurückstehen und lieferten einen Aufbau-Walzer ab, der von nun an im Demokratischen Rundfunk viel zu hören war. „Weit wie der Himmel, hell wie die Sonne schön/baun wir Häuser, schnell solln die Kräne sich drehn. Wir rufen: Hau

3 Entwurf vom 2. August 1951; Bundesarchiv, DH 2 DBA/A/47.

4 Neues Deutschland, 25. November 1951.

ruck! Hau ruck! Wir packen zu, und die Häuser erblühn! Hau ruck! Hau ruck! Für unser junges Berlin!"<sup>5</sup>

### Die Normenfrage

Auch das Jahr 1953 begann mit einem großen Aufbaueinsatz. Am 2. Januar 1953 zogen nach einer Kundgebung auf dem Strausberger Platz Tausende freiwillige Aufbauhelfer zu den Bauplätzen, um dort im Scheinwerferlicht und zu Musik aus den Lautsprecheranlagen, das neue Planjahr mit heroische Arbeitsleistungen zu beginnen.

Die frohen Gesänge, die Parolen und Aufmärsche ließen keinen Raum für kritische Fragen, selbst wenn diese ganz im Sinne des Systems gewesen wären. So konnte es geschehen, dass gerade in dem Vorzeigeprojekt des sozialistischen Aufbaus ein kritisches Potential von ungeheurer sozialer und politischer Sprengkraft heranreifte, ohne dass die Parteiführung davon Kenntnis nahm.

Am 22. Februar 1953 tagte im „Kulturhaus der Bau- und Holzarbeiter“ in der Stalinallee eine „Große Bauarbeiterkonferenz“. Sie verabschiedete ein „Kampfprogramm“ zur Erfüllung der Aufgaben beim Nationalen Aufbauprogramm. Im Mittelpunkt der Wettbewerbsbewegung stand ein „Brigadevertrag“. Er enthielt alle Aufgaben, die im Kampf um den Titel „Baustelle der ausgezeichneten Qualität“ gestellt wurden. Dazu gehörten die Senkung der Nebenkosten durch so genannte Neuerervorschläge, Erfüllung der Terminpläne, Rationalisierung, Materialeinsparung und Qualitätsarbeit. In der Propaganda wurden diese Forderung auf die einprägsame Formel gebracht: „Spare mit jeder Minute, jedem Gramm und jedem Pfennig“.

Einige Monate später forderte Walter Ulbricht in einem Referat vor Staats- und Parteifunktionären die Forderung nach „Überwindung der rückständigen Arbeitsnormen“ auf und eröffnete damit die Diskussionen um die Normenfrage. Auch auf den Reden zum Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen am 1. Mai wurde vielfach die freiwillige Erhöhung der Arbeitsnormen propagiert. Schließlich veröffentlichte das „Neue Deutschland“ am 16. Mai 1953 einen Beschluss des Politbüros über die mindestens zehnprozentige Erhöhung der Normen. Bereits am 1. Juni sollte diese Veränderung in Kraft treten und die Mitarbeiter der Verwaltung machten sich ungesäumt an die Erarbeitung der notwendigen Kennziffern. Am 28. und 29. Mai sollten diese Normerhöhungen auf Aktivtagungen beschlossen werden. Doch an der Basis regte sich

5 Erwin Burkert, *Aufbau-Walzer*, zitiert nach: Herbert Nikolaus/Alexander Obeth, *Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße*, Berlin 1997, S. 134.



Widerstand. Auf der Aktivtagung des VEB Industriebau Berlin gab es zahlreiche Gegenstimmen und Enthaltungen. Die Vertreter von den Baustellen Krankenhaus Friedrichshain und Polizeiwache Marchlewskistraße verweigerten der Regierungspolitik die Zustimmung. Dies war für damalige Verhältnisse mehr als ungewöhnlich, verstand sich doch die Gewerkschaft als Transmissionsriemen der Beschlüsse der Partei. Doch die zentralen Gremien nahmen die Unruhe unter den Basisvertretern nicht zur Kenntnis. Der Zentralvorstand der IG Bau-Holz bestätigte am 30. Mai einen „Kampfplan“ zur Durchsetzung der neuen Normen. Der Beschluss enthielt Vorschriften für die Durchführung einer zehnprozentigen Normensteigerung auf allen Baustellen. Natürlich reichte die Zeit nicht, die komplizierten Berechnungssystem von einem Tag auf den anderen umzustellen. Den Belegschaften wurde deswegen mitgeteilt, dass die Normenerhöhung vorläufig durch den Abzug des vorgesehenen Prozentsatzes erfolgen sollte. Das bedeutete faktisch eine Lohnminderung um zehn Prozent. Diese Entscheidung stieß bei den Arbeitern auf allgemeine Empörung. Es gab Gerüchte, dass es aufgrund der rückwirkenden Normerhöhung ab 1. Mai im Juni zu Lohneinbußen von zwanzig Prozent und mehr kommen könnte.

In diese aufgeheizte Situation platzten die überraschenden Meldungen vom „Neuen Kurs“ hinein. Am 11. Juni veröffentlichten die Zeitungen eine in dieser Form noch nie dagewesene Selbstkritik der Parteiführung und die Rücknahme zahlreicher Maßnahmen. Allein die Normenfrage blieb ungeklärt. Am 12. Juni fanden überall auf den Baustellen Belegschaftsversammlungen statt, die teilweise die Normenerhöhung mehrheitlich beschlossen. Dort aber, wo die Funktionäre auf Widerstand stießen, vertagten sie die Entscheidung. Die Verunsicherung der Vorgesetzten und der Funktionäre war beträchtlich und in der Führungsspitze der SED herrschte Schweigen. Angesichts dieser Situation brach sich die lange aufgestaute Wut der Arbeiter zunehmend Bahn und ließ sie Dinge wagen, die noch einige Tage zuvor undenkbar gewesen wären.

In seinem Verhör bei der Staatssicherheit schilderte der am 19. Juni 1953 verhaftete Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) Max Fettling den Vernehmungsoffizieren des MfS die Ereignisse. Nach seiner Erinnerung fiel das explosive Wort Streik auf der Baustelle des Krankenhauses Friedrichshain zum ersten Mal an jenem 12. Juni 1953. Er sagte aus: „Kollege Foth teilte gegen 12.00 Uhr mit, er habe von Arbeitern gehört, dass gestreikt werden solle“.

„Welche Maßnahme ergriffen Sie?“, fragte darauf der Untersuchungsführer der Staatssicherheit.

„Ich habe die Kollegen aufgefordert, keinen Streik zu beginnen und den Oberbauleiter Kunze informiert.“<sup>6</sup>

Doch herrschte in den Führungsetagen des Baubetriebes entweder bereits Wochenendstimmung oder aber die Konfusion war schon so groß, dass die brisante Meldung nicht weiter gereicht wurde. Jedenfalls blieben die Dinge auf sich beruhen und am nächsten Tag, am Sonnabend dem 13. Juni 1953 fand die legendäre Dampferfahrt der Bauarbeiter vom VEB Industriebau statt.

### „Eine Seefahrt, die ist lustig ...“

Fahrten mit dem Motorschiff über die Berliner Seen gehörten seit dem 19. Jahrhundert zu den beliebtesten Vergnügungen der kleinen Leute in Berlin. Am Wochenende fuhren diese Dampfer, wie die Motorschiffe der „Weißen Flotte“ nannten, im Linienbetrieb stündlich oder öfter zu den Ausflugsgaststätten im Grünen. Dort gab es Bier und Blasmusik und abends wurden bunte Lampions angezündet. Die Dampferkarte kostete in den Nachkriegsjahren für Erwachsene fünfzig und für Kinder fünfundzwanzig Pfennig, für neunundvierzig Pfennig bekam man ein Glas Bier, für eine Mark eine Bockwurst mit Senf. Ein Kartoffelsalat kostete etwa ebenso viel. Das alles konnte sich selbst in schwierigen Zeiten jeder leisten.

Der FDGB knüpfte in ihren Bemühungen um eine kulturvolle Freizeitgestaltung der Werktätigen nahtlos an den Brauch der Berliner Arbeiterschaft an und veranstaltete in der Regel einmal jährlich eine solche Dampferfahrt mit den Kollegen und deren Familien. Für den Brigadeausflug wurde in der Regel der Sonnabend gewählt, so konnte man am nächsten Morgen ausschlafen. Und dies war angesichts der Nachwirkungen sehr oft auch nötig.

Soweit verlief alles nach dem bekannten Schema, als der BGL-Vorsitzende Max Fettling am 23. Mai 1953 bei der Weißen Flotte zwei Dampfer für den 13. Juni mietete. Der Termin stand bereits seit einer Produktionsberatung vom 12. Mai fest. Es wurde eine fünfköpfige Kommission gebildet, welche die organisatorischen Vorbereitungen in die Hand nahm. Insgesamt wurden von jedem Teilnehmer drei Mark für die Fahrt einschließlich Speisen und Getränke kassiert. Dazu gab es einen Zuschuss der Gewerkschaft in Höhe von 1.050 DM, die mit weiteren 350 DM auch eine kleine Kapelle mit einem Akkordeonspieler bezahlte.

Um sieben Uhr dreißig ging es am 13. Juni bei strahlendem

6 Zentralarchiv BStU, MfS, AS 168/56.

Frühsommerwetter von der zentralen Anlegestelle beim Bahnhof Jannowitzbrücke los. Die etwa 500 bis 600 Werk tätigen des VEB Industriebau teils mit Frauen und Kindern verteilten sich auf die beiden Motorschiffe „Seid bereit!“ und „Triumph“ auf denen sich auch andere Fahrgäste befanden. Dass die Verteilung der Belegschaft auf die beiden Schiffe einem Plan folgte, der die späteren Wortführer der Streikbewegung zusammen führte, ist wohl eine nachvollziehende Fiktion der Staatssicherheit. Von Planung oder Organisation konnte keine Rede sein. Zunächst ging es die Spree entlang, vorbei an Oberschöneweide, Köpenick und Friedrichshagen bis zum Müggelsee, an dessen Nordufer sich die traditionsreiche Ausflugsgaststätte „Rübezahl“ befand. Der Bierkonsum war offenbar erheblich. Am Nachmittag wurde an einigen Tischen heftig politisiert. Gegen 19 Uhr hielt der stellvertretende BGL-Vorsitzende Georg Brosda eine „humoristische Ansprache“ und auch der Bauleiter Roepke ergriff das Wort und nahm wohl auf die Situation Bezug. Daraufhin stieg der Brigadier Alfred Metzdorf auf den Tisch und verkündete lautstark: „Kollegen, wir gehen am Montag um 7 Uhr nicht aus den Baubuden. Wir streiken.“ Einer der Teilnehmer sagte während seiner Vernehmung durch das MfS aus: „Durch die umstehenden Kollegen wurde Metzdorf sofort vom Tisch gezogen und am Weitersprechen gehindert. Ebenso ertönten Zurufe der Empörung über das Verhalten des Metzdorf.“ Es soll sich bei den Kollegen, die Metzdorf zum Schweigen bringen wollten, um den Bauleiter Karl Roepke und den Brigadier Karl Foth gehandelt haben. Andere Teilnehmer hatten von dem Vorfall nichts bemerkt oder wollten sich später nicht mehr daran erinnern. Auch während der Rückfahrt hätte es keine politischen Diskussionen mehr gegeben.

Gegen 20 Uhr erfolgte die Rückfahrt mit den beiden Dampfern. Um 21.30 Uhr legte man an der Anlegestelle Jannowitzbrücke wieder an und die Kollegen gingen nach Hause.

### **Ein Brief an den Ministerpräsidenten**

Am Montagmorgen spitzte sich die Situation auf der Baustelle Krankenhaus Friedrichshagen weiter zu. Um 7 Uhr versammelten sich die Arbeiter wie angekündigt in der Baubude und forderten die Einberufung einer Versammlung. Alfred Metzdorf soll sich bei dieser Gelegenheit noch einmal lautstark hervor getan haben. Daraufhin wurde für 9 Uhr eine Belegschaftsversammlung einberufen. Fettling versuchte, seiner eigenen Schilderung nach, die Leute zu beruhigen und schlug vor, zwei bis drei Tage zu warten und das Ergebnis der neuen Regierungsbeschlüsse abzuwarten. Doch währenddessen rief der Materialverwalter Rösner auf

anderen Baustellen an, um über den Streik zu informieren. Gegen 8 Uhr tauchten zwei BGL-Mitglieder von der Baustelle Staatsoper auf, und erklärten, dass die gehört hätten, hier werde gestreikt. Auch vom Block 40 und dem Halbzeugwerk Schnellerstraße waren Vertreter anwesend.

Aus der Sicht Max Fettlings stellte sich folgende Situation dar: „Die Brigadiere teilten mit, dass die Brigaden nicht arbeiten wollen und eine Betriebsversammlung verlangen, an der die Betriebs- und Bauleitungen und Vertreter von FDGB-Kreis Friedrichshain teilnehmen sollten. In der Produktionsbesprechung wurde beschlossen, die Betriebsversammlung für 9 Uhr einzuberufen.

Zunächst sprachen Roepke und Sprafke über die Normerhöhung und forderten zur Aufnahme der Arbeit auf. Dann sprach der Sekretär der IG Bau-Holz Kreis Friedrichshain, Bienicke. Von ihm forderten die Bauarbeiter, dass er Maßnahmen treffen solle, dass die zehnprozentige Normerhöhung rückgängig gemacht werden solle, was Bienicke ablehnte. Daraufhin forderte ein Bauarbeiter, dass ich eine Resolution verfassen solle, sie der Versammlung vorzulegen und damit zur Regierung gehen solle. Darauf ging ich mit der BGL zum Kulturraum, wo sich Mitglieder des SED-Kreissekretariats Friedrichshain befanden. Einer der SED-Funktionäre, Baum, formulierte dann eine Resolution an den Ministerpräsidenten, in der gebeten wurde, die zehnprozentige Normerhöhung zurück zu nehmen. Die Resolution wurde der Versammlung vorgelegt. Die Resolution wurde abgelehnt, weil darin vorgesehen war, dass der Ministerpräsident sich innerhalb von vier Tagen äußern solle. Es wurde verlangt, dass die Antwort bis zum nächsten Morgen erfolgen solle und das Wort ‚bitten‘ gestrichen und an dessen Stelle ‚fordern‘ geschrieben wird.“<sup>7</sup>

So geschah es. Äußerlich gleicht der historische Brief, dessen Original heute im Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR (SAPMO) in Berlin-Lichterfelde einsehbar ist, unzähligen anderen Amtsschreiben. Im Kopf ist als Absender vermerkt „VEB Industriebau – Baustelle Bettenhaus Friedrichshain“, dazu die Adresse mit Fernsprechnummer und das Datum vom 15.5.1953. Dann heißt es: „Wir Kollegen der Grossbaustelle vom VEB-Industriebau wenden uns an Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, von unseren Sorgen Kenntnis zu nehmen.

Unsere Belegschaft ist der Meinung, dass die 10%ige Normenerhöhung für uns eine große Härte ist. Wir fordern, dass von dieser Normenerhöhung auf unserer Baustelle Abstand genommen wird.

Wir haben aus dem Ministerrats-Beschluss zur Kenntnis genommen,

7 Zentralarchiv BStU, MfS, AS 168/56.

dass alle republikflüchtigen Grossbauern und Gewerbetreibenden ihr Eigentum zurückerhalten werden, so dass wir Werktätigen demzufolge unsere Normen, wie sie vorher bestanden, beibehalten wollen.

In Anbetracht der sehr erregten Stimmung der gesamten Belegschaft fordern wir, zu diesen schwerwiegenden Punkten unverzüglich befriedigend Stellung zu nehmen und erwarten Ihre Stellungnahme bis spätestens morgen Mittag. Für die Belegschaft der Baustelle: B.G.L.“<sup>8</sup>

Darunter befindet sich die Unterschrift Fettling und der blaue Stempel der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Industriebau sowie die Adresse: „An den Minister-Präsidenten Otto Grotewohl, Berlin W. Leipziger Strasse.“

Es wurde beschlossen, dass die Resolution in dieser Form von einer Delegation dem Ministerpräsidenten überbracht wird. Der Abordnung sollten neben Max Fettling, der Brigadier Kurt Bluhm, Rathey und ein namentlich nicht bekannter Maurer angehören. Der Materialverwalter Rösner, der gleichzeitig als Einsatzleiter KfZ fungierte, stellte einen kleinen dreirädrigen Lieferwagen zur Verfügung. Gegen 13.15 Uhr machte sich die vierköpfige Delegation auf den Weg und erreichte etwa um 14 Uhr das Haus des Ministerrates in der Leipziger Straße Ecke Wilhelmstraße. Sie fragten beim Pförtner nach dem Büro des Ministerpräsidenten und erhielten die Auskunft, sie mögen den Eingang Potsdamer Platz benutzen. Die Delegation meldete sich bei der Pförtnerin. Nach kurzem Telefonat erklärte sie, die Bürger könnten nicht vorgelassen werden, da sich der Herr Ministerpräsident nicht im Hause befände. Doch die kleine Delegation wollte sich nicht so einfach weg schicken lassen. Nach weiteren Telefonaten fand sich ein zuständiger Mitarbeiter und die Arbeiter wurden über einen langen Hof hinweg in ein Zimmer im zweiten Stock geführt. Dort wurden sie von zwei Mitarbeitern des Ministerpräsidenten empfangen. Es handelte sich um den damals erst zweiundzwanzigjährigen Genossen Ambrée und die nur etwas ältere Genossen Plaschke. Beide schilderten in einem nach den Ereignissen erstellten ausführlichen Bericht das Gespräch mit der Arbeiterdelegation.<sup>9</sup> Die beiden Mitarbeiter des Ministerpräsidenten nahmen die Resolution entgegen und unterhielten sich etwa zwei Stunden mit der Delegation. Die Arbeiter wurden ausführlich nach den Gründen ihrer Unzufriedenheit befragt. Die vier Bauarbeiter erklären noch einmal sorgfältig ihr Anliegen. In dem Bericht von Ambrée und Plaschke vom 25. Juni 1953 werden sie mit folgender Äußerung zi-

8 BArch-SAPMO, ZPA, NY 4090/437 (Nachlass Otto Grotewohl).

9 BArch-SAPMO, ZPA, NY 4090/437 (Nachlass Otto Grotewohl), Bericht vom 15.5.1953 über den Empfang der Delegation der Bauarbeiter der Stalinallee am 15.6.1953 im Sekretariat des Ministerpräsidenten.

tiert: „Die Kollegen sagten uns, dass mit ihnen über diese Frage noch nie so eingehend diskutiert wurde. Wenn das geschehen wäre, so erklärten sie, wäre es ihrer Meinung nach nicht zu der Arbeitsniederlegung gekommen.“

Während Fettling und seine Leute mit den Mitarbeitern Grotewohls diskutierten, verbreitete sich die Nachricht von dem Schreiben auf verschiedenen Baustellen Berlins. Der Maurer Stanike und ein weiterer Arbeiter vom Block 40, die im Auftrag seines Brigadiers an der Belegschaftsversammlung der Baustelle Bettenhaus Friedrichshain teilgenommen hatten, überbrachten gegen Mittag die Resolution. „Der BGL-Vorsitzende von der Baustelle Stalinallee Block 40 wollte die durch Stanike überbrachte Resolution ungelesen vernichten, aber der Parteisekretär Gutezeit erhob dagegen Einspruch und dieselbe wurde durch den Steinträger Kurt Schulz zur Verlesung gebracht und von der Belegschaft angenommen. Durch die Frau Nikodemski von der Oberbauleitung wurde die Resolution nochmals vervielfältigt und eine Abschrift der Baustelle Fernheizwerk der Brigade Klobß übergeben“<sup>10</sup>

Obwohl im Laufe des Nachmittags weitere Nachrichten von Arbeitsniederlegungen im Büro des Ministerpräsidenten eintreffen, scheitern am späten Nachmittag und Abend des 15. Juni 1953 alle Versuche, den Ministerpräsidenten oder den Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, zu erreichen. Die Genossen Ambrée und Plaschke informierten zwar ihren Dienstvorgesetzten Tzschorn. Doch dieser war der Meinung, die Verantwortung läge beim Magistrat von Berlin. Ein letzter Versuch, den Oberbürgermeister zu erreichen scheitert, wie aus einer Aktennotiz hervorgeht, um 17. 50 Uhr. Auch die Bezirksleitung der SED erklärt sich für unzuständig. Immerhin wird Genosse Hafrang vom zuständigen Ministerium für Bauwesen informiert. Dieser verspricht, am nächsten Morgen einige Instrukteure auf die Baustelle zu schicken. Dennoch bleiben die brisanten Meldungen bei untergeordneten Instanzen hängen. So verstrich das Ultimatum der Arbeiter, ohne das die Regierung den Versuch unternommen hätte, das schwelende Feuer auszutreten.

### **Der Funke im Pulverfass**

Am Morgen des 16. Juni 1953 kam der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz begleitet von 15 Instrukteuren zur Baustelle des Krankenhaus Friedrichshain und erklärte, dass an dem Beschluss des Ministerrates der DDR zur Erhöhung der Normen nicht zu rütteln sei, dass

*10 BArch-SAPMO, ZPA, NY 4090/437 (Nachlass Otto Grotewohl), Bericht vom 10.7. 1953.*

allerdings die Art der Durchführung des Beschlusses auf dieser Baustelle nicht richtig gewesen wäre. Er befand sich mit diesen Äußerungen auf der politischen Linie des Artikels im „Neuen Deutschland“ vom Sonntag, dem 14. Juni 1953 „Es ist Zeit den Holzhammer beiseite zu legen.“ Die Grundtendenz dieses Berichts über die Stalinallee lautete: die Normensteigerung ist notwendig, darf aber nicht administrativ durchgesetzt werden. Inzwischen war allerdings in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ ein Artikel erschienen, in dem es ausdrücklich hieß: „Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig.“

Während der Gewerkschaftsvorsitzende versuchte, die Kollegen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen, tagte die Bezirksleitung der SED von Groß-Berlin. Sie schlug die Rücknahme der Normerhöhung vor und wendete sich an das Politbüro, das im Laufe des Vormittags dieser Ansicht anschloss. Über Rundfunk und über Lautsprecherwagen sollte diese Mitteilung unter der Bevölkerung verbreitet werden. Doch es war bereits zu spät. Inzwischen waren die Ereignisse auf den Baustellen im Osten der Hauptstadt explodiert. Der Versuch, die Tore der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain zu schließen, erreichte das Gegenteil. Auf der Baustelle Block 40 verbreite sich die Nachricht, die Kollegen seien eingesperrt und man zog los, sie zu „befreien“. An der Spitze des Zuges wird ein Plakat getragen mit der Aufschrift „Wir fordern Normensenkung“. Nun formiert sich auf dem Baustellengelände ein Demonstrationzug von ungefähr zweitausend Arbeitern und marschiert die Stalinallee entlang zum Haus der Ministerien. Die Arbeiter rufen im Sprechchor „Kollegen, reiht euch ein! Wir wollen freie Menschen sein!“ Tausende Berliner schlossen sich der Demonstration an. Der Stein, der die Lawine des Volksaufstandes ins Rollen bringen sollte, war nicht mehr aufzuhalten. Der Rest ist Weltgeschichte und oft schon erzählt. Innerhalb weniger Stunden sollte aus einer Bewegung gegen die Normerhöhung ein demokratischer Volksaufstand werden. Ausgelöst durch den Zug der Bauarbeiter zur Leipziger Straße und die westlichen Rundfunkmeldungen über diese Ereignisse streikten und demonstrierten die Werktätigen im ganzen Land gegen die SED-Diktatur.

### **17. Juni 1953 – Menetekel für die SED-Diktatur**

Die Tatsache, dass die demokratische Massenbewegung im Juni 1953 von den Bauarbeitern der Stalinallee und der benachbarten Baustellen ausging, war von kaum zu überschätzender Bedeutung für den Gang der Ereignisse und für deren spätere Rezeption.

Für alles andere hätte die SED-Propaganda Begründungen finden können.

Hätten die Studenten rebelliert, wären sie verzogene Bürgersöhnchen und arrogante höhere Töchter gewesen, denen der intellektuelle Hochmut zu Kopfe gestiegen sei. Wären es die Kleinbürger gewesen, hätte sich in den Augen der Ideologen nur einmal mehr die marxistische Theorie des Klassenkampfes bestätigt. Wäre die Bewegung aus der Kirche gekommen, wäre dies dem Staat willkommener Anlass gewesen, die Daumenschreiben gegen den „reaktionären Klerus“ weiter anzuziehen. Aber ausgerechnet die Bauarbeiter der Stalinallee. Das ging mitten ins Herz. Niemals ist die Theorie von der Herrschaft der Arbeiterklasse im Sozialismus überzeugender und nachhaltiger widerlegt worden als von den Berliner Bauarbeitern. Hier versagten alle Erklärungsmuster der Parteipropagandisten.

Einige Tage nach den Ereignissen schrieb der Arbeiterdichter Kurt Barthel alias Kuba ein solches treuherzig rührendes Märchen, ließ es als Flugblatt verteilen und veröffentlichte es im „Neuen Deutschland“. Die Geschichte mit dem Titel „Wie ich mich schäme!“ handelt vom gutmütigen und starken aber nicht sonderlich klugen Arbeiter, der vom bösen Zauberer verführt sich gegen den guten König auflehnt und nun fleißig arbeiten muss, das verlorene Vertrauen wiederherzustellen.

„Sonnengebräunte Gesichter unter weißleinenen Mützen, muskulöse Arme, Nacken – gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt. Man konnte es sehen. Vierschrötig kamt ihr daher. Ihr setztet euch in Marsch, um dem Ministerium zu sagen, dass etwas nicht stimmt. Es stimmte etwas nicht, nämlich im Lohnbeutel; dagegen setzt man sich zur Wehr, das ist richtig. Dazu hattet ihr euer gutes, durch Gesetze festgelegtes Recht auf freie Meinungsäußerung. Ein wenig wachsamer hättet ihr zwar sein können. Was hat schließlich ein amerikanisches Auto bei einer Demonstration Berliner Bauarbeiter zu suchen?

... Ihr zogt in schlechter Gesellschaft durch die Stadt. Ihr zogt mit dem Gesindel, das von den großen Weltbrandstiftern gedungen, schon die Benzinflaschen in der Tasche trug, mittels denen sie morgen eure Baugerüste anzünden würden.“<sup>11</sup>

Bertolt Brecht verfasste darauf sein giftiges Epigramm „Die Lösung“, in der er das vielzitierte Wort von der „Regierung ausspricht, die sich ein neues Volk suchen möge. Doch er ließ das Gedicht unveröffentlicht in der Schublade liegen.<sup>12</sup> Auch die nachdenklichen und melancholischen Gedichte, die Brecht in der Idylle am Scharmützelsee schrieb, sind nicht ohne Hintersinn gewesen. Doch sie wurden erst nach sei-

<sup>11</sup> *Neues Deutschland*, 20. Juni 1953.

<sup>12</sup> Bertolt Brecht, *Gesammelte Werke*, Bd. 10, S. 1009 f.



nem Tode als „Buckower Elegien“ veröffentlicht. Denn Brechts Haltung zu den Ereignissen mag ambivalent gewesen sein. Seine öffentlichen Stellungnahmen waren politisch vollkommen eindeutig. Noch am 17. Juni schrieb Brecht an Walter Ulbricht: ... die Geschichte wird der revolutionären Ungeduld der Sozialistischen Einheitspartei ihren Respekt zollen. Die große Aussprache mit den Massen über das Tempo des sozialistischen Aufbaus wird zu einer Sichtung und zu einer Sicherung der sozialistischen Errungenschaften führen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszudrücken.“<sup>13</sup> Das Original dieses Schreibens befindet sich zusammen mit den Dankschreiben Ulbrichts ebenfalls im erwähnten SAPMO. Brecht schwieg zu dem peinlichen Vorgang, dass im Zentralorgan der SED allein der affirmative Schlusssatz abgedruckt, die doppeldeutigen Sätze über die „große Aussprache“ dagegen unterschlagen wurden. Denn selbst Brecht ist keineswegs immun gegen die Legende, Agentenorganisationen hätten Achtgroßchenjungen in weiße Kittel gesteckt, über die Sektorengrenze geschickt, um dort Streik und Aufruhr zu organisieren. „Die Straße freilich“, schrieb Brecht an seinen Verleger Peter Suhrkamp, „mischte die Züge der Arbeiter und Arbeiterinnen schon in den frühen Morgenstunden des 17. Juni auf groteske Art mit allerlei deklassierten Jugendlichen, die durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz, auf der Warschauer Brücke kolonnenweise eingeschleust wurden, aber auch mit den scharfen, brutalen Gestalten der Nazizeit, den hiesigen, die man seit Jahren nicht mehr in Haufen hatte auftreten sehen ...“.<sup>14</sup>

Wenn es darum ging den Kinderglauben vom guten und ehrlichen Arbeiter zu retten, verfiel selbst ein so scharfsichtiger Geist wie Bertolt Brecht in die Denkmuster der verlogenen SED-Propaganda.

### **Erhöhte revolutionäre Wachsamkeit bei Dampferfahrten**

Die bleibende Verunsicherung, die dieser Tag unter den Anhängern der SED ausgelöst hat, schildert auf seine Weise Hermann Kant in seinem Roman „Das Impressum“. Es sei daran erinnert, dass Kant dieses Buch im Jahre 1972 erst nach langen Querelen veröffentlichen konnte. Die Publikation wurde von Ulbricht gerade wegen der Passagen über den 17. Juni 1953 behindert und konnte erst nach dem Machtwechsel von 1971 erscheinen. Auch Hermann Kant wählt als Ort des Geschehens den Strausberger Platz.

*13 BArch-SAPMO. ZPA, NL 182/1387.*

*14 Zitiert nach Berliner Zeitung, 15./16. September 2001.*

In einer der ursprünglich von der Zensur inkriminierten Passagen versucht der Altkommunist Fritz Andermann am Morgen des 17. Juni 1953 mit den demonstrierenden Bauarbeitern der Stalinallee zu diskutieren, wird aber von diesen zur Seite gedrängt. An diese Situation erinnert sich der SED-Funktionär sein ganzes Leben lang. Ausführlich reflektiert der Romanheld über den regnerischen und geschichtsträchtigen Junitag des Jahres 1953: „[...] hier hatte nicht die Oberhand, wer hören und reden wollte, hier hatte das Brüllen sein Sagen, hier schrie der Irrsinn, und der Irrtum schrie mit, und der Hass sah hier seine Gelegenheit und schrie: ‚Hängt sie auf, schlagt sie tot, stopft ihm das Maul, dem Hund! Da stand Fritz Andermann gegen den Pfeiler gedrückt im Juniregen und wartete, und was dachte er da? [...] die Hoffnung sollte es schwer haben gegen die Erfahrung des Junitages. Die Enttäuschung machte auf Jahre die Augen schmal, machte die Sinne überscharf, machte die Fäuste hart, schmälerte das Vertrauen; die Erinnerung hämmerte: Achtung Fritz Andermann, aufpassen, Obacht geben, wachsam bleiben, nicht leichtgläubig werden, Übermut tut selten gut, Voreile wird bestraft, nur keine Vertrauensseligkeit, nur kein fauler Liberalismus, nur keine Romantik, der Kampf ist nicht zu Ende, wir sind noch nicht soweit, dieses können wir uns noch nicht erlauben, jenes dürfen wir uns noch nicht gestatten, der Schein kann trügen, noch einmal hinsehen, noch einmal überprüfen, noch etwas abwarten, den Vorwurf der Enge nicht fürchten, wenn das heißt: dem Feind keinen Fußbreit Boden und jenem Junitag nie wieder eine Chance.“<sup>15</sup>

Es blieb der SED-Führung stets in Erinnerung, dass die Idee zu einem Streik der Bauarbeiter der Stalinallee zum ersten Mal während einer gemeinsamen Dampferfahrt am vorhergehenden Wochenende öffentlich ausgesprochen und dadurch allgemein bekannt wurde. Seitdem waren betriebliche Dampferfahrten im Sicherheitsdenken der Stasi stets ein neuralgischer Punkt. Angesichts des Herannahens des gefährlichen Datums im Frühsommer 1956 fertigte die Staatssicherheit Listen über alle Betriebskollektive an, die am Sonntag dem 17. Juni Dampferfahrten gebucht hatten. So konnte Erich Mielke bereits am 14. Juni 1956 erfahren, dass beispielsweise die 120 Mitarbeiter der Trabrennbahn Karlsruh den Plan gefasst hatten, am kommenden Sonntag mit dem Fahrgastschiff „La Paloma“ ins Grüne zu fahren. Der Kammerchor Treptow hatte die Absicht, das Wochenende für einen Ausflug nach Alt-Buchhorst zu nutzen, und die katholische Pfarrgemeinde Buch hatte zum gleichen Termin das Motorschiff „Delphin“ gechartert, um der beliebten Gaststätte Ziegenhals einen Besuch abzustatten. Am Sonntag schwärmten dann die

<sup>15</sup> Hermann Kant: *Das Impressum*, Berlin (DDR) 1972, S. 208 f.

unermüdlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit aus, um die Biergärten der Berliner Umgebung „operativ abzusichern“.

Auch mit der Kleingartenkolonie „Grüne Aue“ im Berliner Stadtbezirk Köpenick gab es im Juni 1956 Schwierigkeiten, zumal – wie in dem Stasi-Bericht nachzulesen ist – im Vereinsvorstand nur ein einziger Genosse war, sonst aber nur „negative Personen“.<sup>16</sup> Das eigentliche Problem bestand darin, dass die Gartenfreunde ihre Parzellen wegen eines geplanten Wohnungsneubaus räumen sollten. Dies löste begreiflicherweise wenig Begeisterung aus und es gab erheblichen Diskussionsbedarf. Nun hatte man eine Versammlung der Kleingartensparte einberufen, die „provokatorischerweise“ – wie der Stasi-Bericht vermerkt – am 17. Juni stattfinden sollte. „Als der Genosse L.,“ die erwähnte einzige Bastion der Partei im Vereinsvorstand, „auf die politische Tragweite des 17. Juni aufmerksam gemacht wurde, erklärte dieser, dass er daran gar nicht mehr gedacht habe.“<sup>17</sup> In den Augen der Parteiobrigkeit war dies eine unverzeihliche politische Blindheit und Genosse L. wurde wegen „mangelnder Wachsamkeit“ zur Verantwortung gezogen.

### Die Machtfrage

Am 9. Oktober 1989 stand das Schicksal der DDR neuerlich auf des Messers Schneide. In den beiden Tagen zuvor waren in Berlin, Potsdam, Dresden, Leipzig, Plauen und anderen Städten Demonstrationen brutal zusammengeknüpelt worden. In den „Zuführungspunkten“ der Sicherheitskräfte hatten sich Szenen abgespielt, die man nach Jahren der äußeren und inneren Entspannung kaum noch für möglich gehalten hätte. Nun blickte alles nach Leipzig, wo schon seit dem September 1989 nach dem wöchentlichen Friedensgebet in der Nikolaikirche Menschen auf die Straße gingen. Der „Leipziger Montag“ war zum Gradmesser für die steigende Fieberkurve des todkranken Organismus des SED-Staates geworden. Gewalt oder friedlicher Dialog über die Zukunft des Landes war die Frage und die Entscheidung lag in den Händen jener Leute, die seit vier Jahrzehnten Gewalt gepredigt hatten. Jeder, der die Schulen der DDR durchlaufen hatte, kannte die Floskeln von der „Rolle der Gewalt in der Geschichte“ und von der „Geschichte als Geschichte des Klassenkampfes“. Wenn die Machtfrage gestellt sei, könne es keine Rücksichten mehr geben, hatten die Ideologen und Funktionäre der Partei oft genug verkündet. Und sie hatten es nicht zuletzt mit Blick auf den zerschlagenen „konterrevolutionären Putschversuch“ vom 17. Juni 1953 getan.

<sup>16</sup> BStU, ZA, Information 12/56 vom 14.6.1956, Bl. 1 ff.

<sup>17</sup> Ebd., Bl. 3.

Gewiss war der Volksaufstand des Jahres 1953 nach sechsunddreißig Jahren längst zur Legende geworden. Doch immer wieder waren in den Jahren die Erinnerungen aufgerissen worden. Denn immer wieder waren es – genau wie am 17. Juni 1953 – Panzer sowjetischer Bauart, unter deren Ketten die Hoffnungen der Menschen zermalmt worden waren: Im November 1956 in Budapest, im August 1968 in Prag, im Dezember 1981 in Polen und schließlich im Juli 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking.

Doch auch im Sicherheitsapparat waren die Erinnerungen an den 17. Juni 1953 lebendig. Am 8. Oktober 1989 um 17.46 Uhr ging bei der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Leipzig ein Fernschreiben des Genossen Minister Mielke ein.<sup>18</sup> Dieses Schreiben enthielt Maßregeln für das Verhalten während der zu erwartenden „feindlich-negativen Handlungen und Aktivitäten“. Am Morgen des Schicksalstages fand in der Leipziger Stasi-Zentrale, der so genannten „Runden Ecke“, eine Dienstberatung zwecks Auswertung des Fernschreibens des Genossen Minister statt. Einer der MfS-Offiziere notierte handschriftlich in sein Arbeitsbuch: „Lageverschärfung durch Zusammenrottung/Störung staatlicher und öffentlicher Ordnung. Verhinderung eines 17. Juni. Behauptung der Macht. Alle zu lösenden Aufgaben sind dieser Hauptaufgabe unterzuordnen ... Waffenträger – Waffe am Mann ...“<sup>19</sup>

Die Herrschenden der DDR hatten nichts vergessen und wenig dazugelernt. Es war die Sowjetführung unter Gorbatschow, die verhinderte, dass der 9. Oktober 1989 in Leipzig mit Gewalt endete, die möglicherweise Gegengewalt ausgelöst und das Land in eine offene Konfrontation getrieben hätte. Der 17. Juni 1953 war das Angsttrauma der SED-Funktionäre und Stasi-Offiziere. Niemals hatten sie vergessen, dass es die Arbeiter waren, welche die angebliche Arbeitermacht in den Grundfesten erschüttert hatte. Diese Wunde wollte nicht heilen unter dem Schmutzverband der Lügen und Verdrängungen, mit der die SED versucht hat, die Ereignisse von 1953 vergessen zu machen.

*18 BStU, ZA, DSt 103625; Fernschreiben Erich Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten des MfS vom 8.10.1989; vgl. Tobias Hollitzer, „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig, in: Analysen und Berichte, hrsg. von der Abt. Bildung und Forschung der BStU, Reihe B, 1/1999, S. 44.*

*19 BStU, ASt. Leipzig, MfS, HA XX, Arbeitsbuch Nr. 1077. Bl. 54 ff.*

## **Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode: Prof. Dr. Konrad Breitenborn**

Ich habe über den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ein Buch geschrieben und darin diese Erhebung mit ihren Ursachen und unmittelbaren Folgen an einem eng begrenzten regionalen Beispiel untersucht.<sup>1</sup>

Zu dieser Forschungsarbeit inspirierte mich u. a. auch eine spätere SED-Analyse, in der es heißt, Halberstadt, Wernigerode und Staßfurt seien neben der Bezirkshauptstadt „die Schwerpunkte“ der zum „faschistischen Putschversuch“ umgedeuteten Volkserhebung im Bezirk Magdeburg gewesen.<sup>2</sup> Die detaillierte Sicht bezieht sich auf die Zeit vom Frühjahr 1952 bis zum Frühjahr 1954.

Der im Sommer 1952 neu strukturierte Kreis Wernigerode umfasste 32 Gemeinden mit insgesamt etwas mehr als 108 000 Einwohnern, davon waren etwa 38 000 Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler.

Inzwischen sind seit dem Juni-Aufstand sechzig Jahre vergangen. Die meisten seiner handelnden Akteure leben nicht mehr. Doch die Geschichte des 17. Juni 1953 darf nicht namenlos bleiben. Eine anonyme, „geschwärzte“ Geschichte ist blutleer und uninteressant. Geschichte wird von Menschen gemacht. Wer Geschichte begreifen will, muss nach den Menschen fragen, die sie gestaltet haben. Wer waren die Personen, die im Kreis Wernigerode in Streikleitungen wirkten, Resolutionen verfassten, öffentlich gegen die Allmacht von Partei und Staat auftraten, und die die Tage des Volksaufstandes als „Tage zwischen Hoffnung und Angst“ erlebten? Wofür setzten sie sich ein? Wie verlief das weitere Schicksal all jener Männer und Frauen, die aufgrund dieses Engagements zu DDR-Zeiten ohnehin als potenzielle Staatsfeinde galten?

In den vergangenen zehn Jahren konnte ich noch mit zahlreichen Zeitzeugen sprechen und etwa 90 Namen von Streikführern und weiteren Beteiligten ermitteln. Manchmal habe ich mehrere Jahre benötigt, um Personen ausfindig zu machen oder deren Schicksal aufzuklären.

Walter Stagge, Mitglied der SED seit 1951, war einer der ersten Zeitzeugen, mit denen im Mai 2003 Gespräche zustande kamen.

1 Konrad Breitenborn: *Tage zwischen Hoffnung und Angst. Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode* (= Veröffentlichungen des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt e. V. zur Landes-, Regional- und Heimatgeschichte, Bd. 4), hrsg. von Konrad Breitenborn. Wettin-Löbejün OT Döbel 2013.

2 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg (im Folgenden: LHASA, MD), M 24 BDVP Mgd., 1952-1960, Nr. 179, Bl. 56.



01: Walter Stagge, Oktober 1952  
Bildnachweis: Konrad Breitenborn  
(Wernigerode)

Stagge, von Beruf Elektriker und damals wohnhaft in Darlingerode, galt als einer der „Wortführer“ des Streiks im Ilsenburger Kupfer- und Blechwalzwerk. Er betonte, dass die Forderung nach „freien gesamtdeutschen Wahlen“ ihm und seinen Arbeitskollegen besonders wichtig gewesen sei.<sup>3</sup>

Spätestens durch die Einführung sogenannter Einheitslisten bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress war im Mai 1949 der in der Sowjetischen Besatzungszone systematisch betriebene Abbau von Demokratie offenkundig geworden. Die dann im Juni 1953 erhobene Forderung nach freien Wahlen wurzelte

ganz sicher in dieser Vorgeschichte. Deren Durchführung hätte aber den völligen Machtverlust der SED bedeutet.

Das Elektromotorenwerk in Wernigerode war mit rund 2 500 Beschäftigten (davon etwa 650 Lehrlinge) vor den Harzer Werken in Blankenburg (1 721) und dem Ilsenburger Kupfer- und Blechwalzwerk (1 537) im Juni 1953 der größte „volkseigene“ Betrieb im Kreis Wernigerode. Insgesamt gab es damals hier 41 sogenannte volkseigene Betriebe, in denen rund 15 000 Menschen arbeiteten.

Seit dem 27. November 2005 trägt in Wernigerode ein Platz gegenüber dem früheren „Karl-Marx-Haus“ auf dem Gelände des einstigen Elektromotorenwerkes den Namen von Karl Wernicke, der dort am 18. und 19. Juni 1953 den Streik anführte. Auch dieser Name war völlig in Vergessenheit geraten.

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch das Protokoll über die Vernehmung von Walter Stagge durch den Staatssicherheitsdienst am 20. Juni 1953. In: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (im Folgenden: BStU), MfS, BV Mgd., AU 105/53, Bd. 1 – UV, Bl. 56 (abgedruckt in: Breitenborn, wie Anm. 1, S. 186).



02: Betriebsausweis von Karl Wernicke  
Bildnachweis: Ilse Wernicke (Aachen)

Wernicke, Elektromaschinenbauer, Obermeister in der Wickelei und seit November 1949 SED-Mitglied, kam es vor allem darauf an, eine Demonstration durchzuführen, um auf diese Weise den Arbeitern Berlins Solidarität zu bekunden.

Und ein weiterer Aspekt ist im Hinblick auf den „Grenzkreis“ Wernigerode ganz wichtig: Ein junger, namentlich nicht genannter Arbeiter aus dem Elektromotorenwerk berichtete ein Jahr später: „Am 17., als die Vorgänge in Berlin richtig bekannt wurden, haben wir im Werk von Ohr zu Ohr für den nächsten Morgen zum Streik aufgerufen. Wir wollten zur Zonengrenze nach Bad Harzburg, das sind 22 Km, marschieren. Wir hatten auch schon Verbindung zu den Kollegen im Kupferwalzwerk Ilsenburg aufgenommen. Die SED-Leute haben den Braten wohl gerochen.“<sup>4</sup>

Es darf davon ausgegangen werden, dass die Arbeiter über die Landstraße nach Bad Harzburg marschieren wollten. An der – wie es damals oft noch ganz offiziell hieß – „Demarkationslinie“ im Eckertal sollte die erst vor einem Jahr dort errichtete Grenzbefestigung zerstört werden. Eine solche Demonstration wäre – bei all ihren unkalkulierbaren Risiken – ein unübersehbares Fanal gewesen für den Wunsch der Bevölkerung in der  
4 Arno Scholz, Werner Nieke, Gottfried Vetter: *Panzer am Potsdamer Platz, Berlin 1954*, S. 143.

DDR nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Ein solches Fanal lag aber keineswegs im Interesse der sowjetischen Okkupationsmacht, die mitten im Kalten Krieg schon aus geostrategischen Gründen für eine Fortsetzung und Stabilisierung der SED-Herrschaft in der DDR eintrat.

Obwohl am 18. Juni die „Volksstimme“ auf ihrer Titelseite darüber informierte, dass der sowjetische Militärkommandant des Bezirks Magdeburg tags zuvor auch für den gesamten Bezirk Magdeburg den Ausnahmezustand verhängt hatte, nahmen im Elektromotorenwerk die Arbeiter der Frühschicht an diesem Tag ihre Arbeit nicht auf.

Während Karl Wernicke seine Kollegen gegen 7.15 Uhr aufforderte, „sich zu formieren, damit demonstriert werden kann“<sup>5</sup>, berief Werkleiter Heinz Väh gemeinsam mit dem parteilosen BGL-Vorsitzenden Albert Bartneck eine Belegschaftsversammlung in das „Karl-Marx-Haus“ ein. Die von



03: Walter Gottwald im Elektromotorenwerk Wernigerode, um 1952/53  
Bildnachweis: Konrad Breitenborn (Wernigerode)

Bartneck dort spontan veranlasste Tonbandaufnahme ist überliefert<sup>6</sup> und dokumentiert nicht nur die von den Streikenden erhobenen Forderungen, sie spiegelt vor allem anhand der hitzig geführten Diskussionen die emotional aufgeladene Atmosphäre dieser Zusammenkunft wider.

Der Elektromaschinenbauer Walter Gottwald trug ein Schild zur Bühne, auf dem geschrieben stand: „Wir Arbeiter des Elektromotoren-Werkes Wernigerode erklären uns mit den Arbeitern von Berlin solidarisch.“<sup>7</sup>

Als dann der Wickler Gerhard Templin aus Halberstadt an das

5 Vernehmung von Karl Wernicke, 6. Juli 1953. In: BStU, MfS, BV Mgd., AOP 212/56, Bd. 2, Bl. 8.

6 Albert Bartneck schrieb am 8. März 1968 in einer Eingabe an den Staatsrat der DDR: „Ich liess das Tonband einschalten, so dass der Verlauf genau festgehalten werden konnte.“ Eine Kopie dieses Schriftstücks überließ Manfred Bartneck (Wernigerode) dem Verfasser.

7 Zit. nach Vernehmung Wernicke, wie Anm. 5.



Mikrofon trat und „den Beschluss der Wickelei“ verlas, wurde er oft von tosendem Applaus unterbrochen.<sup>8</sup>

Templin forderte: „Erstens: Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland. Zweitens: Aufhebung der Zonengrenzen und Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland.“ Und als Zusatz merkte Templin an: Sollten Kollegen verhaftet oder Repressalien ausgesetzt werden, „ruht die Arbeit solange, bis die Kollegen wieder in Freiheit sind“.

Anschließend forderte Wernicke zur Demonstration durch Wernigerode auf.

Ein weiterer Antrag, der aus der Versammlung heraus gestellt wurde, sah die Senkung der HO-Preise um 40 Prozent vor.

Als dann die Freilassung und Rückführung sämtlicher noch in der Sowjetunion festgehaltener deutscher Kriegsgefangener gefordert wurde, signalisierte langanhaltende Zustimmung die Bedeutung, die diese Frage damals hatte, zumal die UdSSR acht Jahre nach Kriegsende die Existenz von „Kriegsgefangenen“ bestritt und behauptete, nur verurteilte deutsche „Kriegsverbrecher“ seien noch inhaftiert.

Mitten in die stürmischen Beratungen platzte gegen 8.15 Uhr die Nachricht über die Verhängung des Ausnahmezustandes durch den sowjetischen Kreiskommandanten, die den streikenden Elmo-Werkern im „Karl-Marx-Haus“ vorgelesen wurde.

Der Kreiskommandant hatte verfügt: „Zur Gewährung der öffentlichen Ordnung [und] zum Schutze der Bevölkerung des Kreises sind ab 18. Juni 1953 alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und Ansammlungen von mehr als drei Personen auf Plätzen, Straßen und in öffentlichen Gebäuden verboten. Jeglicher Verkehr von 21 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens von Fußgängern und Kraftfahrzeugen ist verboten.“

Während diese Anordnung verlesen wurde, gingen vor dem Elmo sowjetische Soldaten mit schwerem Gerät in Stellung. Der vorhin bereits zitierte Augenzeuge berichtete später: „Ich dachte mir: Wenn wir hier 'rausrücken fließt Blut. Das habe ich den Kollegen gesagt.“<sup>9</sup>

Eine Demonstration durch Wernigerode oder gar in Richtung Bad Harzburg war jetzt nicht mehr möglich.

*8 Tonbandaufzeichnung von der Belegschaftsversammlung des Elektromotorenwerkes Wernigerode am 18. Juni 1953. In: BStU, MfS, BV Mgd./Tb. 1.*

*9 Scholz/Nieke, Vetter: Panzer, wie Anm. 4.*

Alle Forderungen und Beschlüsse wurden schriftlich zusammengefasst, und eine von den Arbeitern gewählte vierköpfige Delegation besprach die Forderungen dann mit der SED-Kreisleitung.

Diese „Delegation“ bestand aus Karl Wernicke, Heinz Jäschke (Wickler, Wernigerode), Martin Buth (Brigadier in der Schleuderei, Ströbeck) und Ursula Sophie Herynk (Sachbearbeiterin, Derenburg).

Da die SED-Kreisleitung mit der Resolution nicht einverstanden war und Abänderungen forderte, ging der Streik weiter und die Delegation wurde zum Kern einer Streikleitung, der zusätzlich noch Heinz Bormann, Karl Brämer, Georg Herrmann, Kurt Köhler und Heinz Lüdecke angehörten. Bormann und Lüdecke waren Mitglieder der SED.

Die streikenden Elmo-Werker bestätigten ihre Forderungen vom Vormittag und fassten den Beschluss, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Regierung der DDR zurückgetreten sei.

Außerdem telegrafierte Albert Bartneck, der BGL-Vorsitzende, an den Bundesvorstand des FDGB: „Belegschaft des Elektromotorenwerkes hat am 18. 6. Arbeit niedergelegt – Wiederaufnahme nach Rücktritt der Regierung. gez. Bartneck BGL.“<sup>10</sup>

An vielen, vor allem zentralen Stellen von Stadt und Kreis Wernigerode wurde bald deutlich, dass die sowjetischen Truppen mit der Eindämmung und Niederschlagung der Arbeiterproteste ernst machten.

Am Morgen des 19. Juni besetzten die Sowjets gegen 9.50 Uhr mit militärischer Gewalt das Elektromotorenwerk. Mehrere Mitglieder der Streikleitung wurden verhaftet (darunter auch Karl Wernicke, Heinz Bormann und Heinz Lüdecke) und auf einem LKW zur sowjetischen Kommandantur transportiert. Von hier aus erfolgte ihre Überstellung in die Strafvollzugsanstalt Magdeburg-Sudenburg. Dorthin wurde tags darauf auch der gleichfalls verhaftete Gerhard Templin gebracht.

Erich Mielke, damals noch stellvertretender MfS-Minister, hatte bereits am Morgen des 18. Juni allen MfS-Dienststellen befohlen: „Hetzer, Provokateure, Saboteure, Rädelsführer und andere Elemente, die sich hierbei besonders hervortaten, sind sofort festzunehmen.“<sup>11</sup> In einem

<sup>10</sup> Protokoll über die Leitungssitzung der SED-Betriebsparteiorganisation am 16. September 1953. In: LHASA, MD, P 18 Elektromotorenwerk Wernigerode, Nr. IV/7/250/6, Bl. 191.

<sup>11</sup> Zit. nach Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003, S. 248.

Einsatzbefehl wurde die Polizei des Bezirkes Magdeburg aber angewiesen, Verhaftungen in den Betrieben unbedingt zu vermeiden. „Die besondere Lage erforderte“, so hieß es später in einem Bericht der BDVP, „dass die Festnahmen der Beschuldigten nur aus den Wohnungen und nach Möglichkeit nachts durchgeführt wurden“. <sup>12</sup>

In der Nacht vom 18. zum 19. Juni 1953 wurde in Darlingerode Walter Stagge vom MfS verhaftet, ebenso erging es den beiden Mitgliedern der Streikleitung des Elektromotorenwerkes Ursula Sophie Herynk in Derenburg und Heinz Jäschke in Wernigerode.

Aus Solidarität mit den streikenden Arbeitern Berlins, aber vor allem aus Solidarität mit den Elmo-Werkern, legten am 18. und 19. Juni 1953 im Kreis Wernigerode etwa 7 300 Menschen in rund zwanzig Betrieben die Arbeit nieder. Die Zentren der Streikbewegung lagen in Wernigerode, Ilsenburg und in den Gruben des Bergbaugebietes bei Elbingerode. Zwei Beispiele möchte ich kurz vorstellen:

Im Ilsenburger Kupfer- und Blechwalzwerkstreikteam am 18. Juni nahezu die gesamte Belegschaft. Für die Verhandlungen mit dem Werkleiter wurde eine vierköpfige Delegation gewählt, zu der die Elektriker Günter Schilling und Walter Stagge sowie der Heizer Helmut Telschow gehörten.

Diese Delegation forderte die Aufhebung des Ausnahmezustandes, freie Wahlen, den Wegfall der Zonengrenzen, den Abzug der Besatzungsmacht, keine Repressalien gegen die Streikenden, den Abriss der Wachtürme um das Werk und die Entfernung der hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter aus dem Werk.



04: Günter Schilling, 1952  
Bildnachweis: Konrad Breitenborn  
(Wernigerode)

Am Morgen des 19. Juni, trat auch die Belegschaft der Wernigeröder Hauptpost in den Ausstand. Zwei Tage zuvor waren in Magdeburg zwar einige Postämter von Demonstranten verwüstet worden, und es hatte dort auch Versuche gegeben, den Post- und Fernmeldebetrieb zu stören, doch

<sup>12</sup> LHASA, wie Anm. 2, Bl. 208.

wurde offenbar im Bezirk Magdeburg nur die Hauptpost in Wernigerode von den eigenen Angestellten bestreikt.



05: Robert Nebelung, um 1953  
Bildnachweis: Sonja Gießler-Scholl  
(Mülheim an der Ruhr)

Gewählt wurde eine Streikleitung, die sich mit einer Resolution an den Ministerpräsidenten Grotewohl wandte. Initiator und führender Kopf war der Postangestellte Robert Nebelung, der seit 1946 der LDPD angehörte. Die Resolution liegt im Original noch vor.

Gefordert wurden die sofortige Vorbereitung „freier Wahlen“, die Freilassung „der im Zusammenhang mit den Streikbewegungen in Berlin Inhaftierten“ und „aller noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen“ sowie die Aufhebung sämtlicher „Maßnahmen, die den innerdeutschen Postverkehr behindern“ und die Beendigung des Ausnahmezustandes im Bezirk Magdeburg.<sup>13</sup> Auffällig und nahezu einzigartig ist, dass die Resolution keine wirtschaftlichen Forderungen beinhaltet, selbst die Forderung nach Senkung der HO-Preise fehlt.

Unter dem Schutz von bewaffneten Sowjetsoldaten besetzte die Volkspolizei gegen 13.30 Uhr das Gebäude der Wernigeröder Hauptpost. VP und MfS verhafteten Nebelung und drei Mitglieder der Streikleitung sowie einige weitere Postmitarbeiter, die ebenfalls in die SVA Magdeburg-Sudenburg verbracht wurden.

Verhaftet wurde auch Martin Vollmann, der in Langeln als Lehrausbilder in der Maschinen-Traktoren-Station arbeitete, die dem Elektromotorenwerk in Wernigerode als „Patenschaftsbetrieb“ besonders verbunden war. Er war Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Die Situation spitzte sich in der MTS zu, als bekannt wurde, dass die Sowjets im Elmo geschossen hätten. Vollmann übernahm schließlich den Vorsitz in einer Gruppe, die gemeinsam „mit dem BGL-Vorsitzenden“ eine

*13 BStU, MfS, BV Mgd., AU 101/53, Bd. 3 (StA), Bl. 82 (abgedruckt in: Breitenborn, wie Anm. 1, S. 227).*

Hauptpostamt

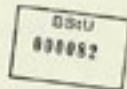
Wernigerode, den 19. Juni 1953

62

An den  
Ministerpräsidenten  
Herrn Otto Grottel

Berlin

Nach der Ministerien



Hervorgehoben durch die schließlichen von Regierung und SED in der Vergangenheit begangenen schwerwiegenden Fehler in der gesamten eingeschlagenen Politik hält es die gesamte Belegschaft des Hauptpostamtes Wernigerode für erforderlich, der Regierung die weitgehende Forderung aller Beteiligten zu unterbreiten, die in folgenden fünf Punkten zusammengefasst ist:

1. Abhaltung freier Wahlen und sofortige Inangriffnahme der erforderlichen Vorbereitungen.
2. Sofortige Freilassung der in Zusammenhang mit den Streikbewegungen in Berlin Inhaftierten und hierfür Antritt eines Wahlscheitels.
3. Sofortige Vorstellung bei der Sowjetischen Hohen Kommission wegen Freilassung aller noch in der Sowjetunion verhafteten Deutschen.
4. Aufhebung aller bisher getroffenen Maßnahmen, die den innerdeutschen Postverkehr behindern und Anlass zu starken Protesten der Bevölkerung gegeben hat, und dem Posten wegen der Verhinderung ihrer wichtigen Arbeit erschwerten, unmöglich gemacht ist...
5. Sofortige Vorstellung bei der Sowjetischen Hohen Kommission wegen Aufhebung des Ansehensstandes in Berlin Magdeburg.

Diese Forderungen hat die gesamte Belegschaft des Hauptpostamtes Wernigerode durch eine einstimmige Arbeitseinstellung nachdrücklich Ausdruck verliehen. Die Normalisierung des Postverkehrs beim Hauptpostamt Wernigerode ab 20.6.1953 lässt sich nur durch die Weitergabe dieser Forderungen an Ihre Anschrift bewerkstelligen. Sollten die vorgehenden Forderungen bei Ihnen nicht die gebührende Beachtung finden, so ist mit einer Normalisierung des Postverkehrs in Wernigerode nicht zu rechnen.

Sollten die Forderungen bei Ihnen nicht die gebührende Beachtung finden, so ist mit einer Normalisierung des Postverkehrs in Wernigerode nicht zu rechnen.

Die Streikleitung :

H. Schramm  
Wilhelm Bürgermeister  
Erich Müller  
Helene Schmidt  
Robert Nebelung  
Anna Geisler

06: An den DDR-Ministerpräsidenten gerichtete Forderungen der streikenden Belegschaft des Hauptpostamtes Wernigerode, unterschrieben von der Streikleitung: Horst Schrader, Wilhelm Bürgermeister, Erich Müller, Helene Schmidt, Robert Nebelung und Anna Geisler

Bildnachweis: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik BStU, MfS, BV Mgd., AOP 276/55, Bl. 29 (Resolution vom 19. Juni 1953) aus der Akteneinsicht von Martin Vollmann

Resolution ausarbeitete. „Die Belegschaft der MTS Langeln“ forderte darin die DDR-Regierung auf, alle „Ursachen der bisherigen Misswirtschaft zu ergründen“ und alle Funktionäre, die dafür verantwortlich seien, „aus ihren Funktionen zu entfernen und dieselben wenn nötig zur Rechenschaft zu ziehen“. Die Resolution schließt mit der Forderung, „dass alle verantwortlichen Stellen unseres Staates sich dafür entschieden einsetzen, dass die vier Großmächte die Verhandlungen über die Deutschland-Frage bald möglichst durchführen mit dem Ziel der Einheit Deutschlands, Abschluss eines gerechten Friedensvertrages und Zulassung gesamtdeutscher freier geheimer Wahlen in Ganzdeutschland. Die Resolution fiel in die Hände des Staatssicherheitsdienstes.“<sup>14</sup>



07: Strafvollzugsanstalt Magdeburg-Sudenburg, 1950  
Bildnachweis: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg

Martin Vollmann war bis zum 27. Juni im Zuchthaus Magdeburg-Sudenburg eingesperrt. Die Einzelzelle mussten sich sieben Personen teilen. Sie war ausgestattet mit: „1 Klappbett, 1 Klapptisch, 1 Wandschränkchen, in einer Ecke ein Tonkrug mit Deckel als Toilette, 1 Schüssel, 1 abgebrochene Gabel, 1 Löffel.“<sup>15</sup> Jede Nacht wurde Martin Vollmann verhört. Er

<sup>14</sup> BStU, MFS, BV Mgd., AOP 276/55, Bl. 11, 13-15 (Vernehmung von Martin Vollmann, 21. Juni 1953), 16-23, 29 (Resolution vom 19. Juni 1953), 34. Kopien aus dieser Akte stellte Martin Vollmann (Ditzingen) dem Verfasser zur Verfügung.

<sup>15</sup> Kurzbericht von Martin Vollmann über seine Inhaftierung, undat.; Kopien dieser Notizen überließ Martin Vollmann dem Verfasser.

1. Name	Vollmann,	Vorgangsnr.	D-V 224/56
2. Vorname	Martin	Archiv Nr.	276/56
3. Geburtstag	19.6.30	Größe	
4. Geburtsort	Mühlhausen/Thür.	Gesicht	
5. Anschrift	Veckenstedt Nr.44	Gesicht	
6. Soziale Herkunft	Bauer	Bart	
7. Arbeitsstelle u. ausgeübter Beruf	Lehrausbilder, MTS Langel	Haar	
8. Nationalität	deutsch	Sonderere Kennzeichen	
9. Staatsangehörigkeit	deutsch		
10. Parteizugehörigkeit	MDR		
11. Art des Verzeichnisses	führender Provokateur des 17.6.		
12. Verw. / Dienststelle	Magdeburg Wernigerode		
13. Karte angelegt am	6.1.1955		
14. Durch			

D 1064 StB BStG Form 16



08: Erfassung von Martin Vollmann als „führender Provokateur“ in einer MfS-Kartei

Bildnachweis: Martin Vollmann (Ditzingen)

ist dabei auch geschlagen worden. Als später über ihn vom MfS eine Karteikarte angelegt wurde, galt er dem Staatssicherheitsdienst als „führender Provokateur des 17.6.“<sup>16</sup>

Für den Kreis Wernigerode ließen sich bisher insgesamt 54 Festnahmen nachweisen, die im Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand erfolgten. Die tatsächliche Zahl der Verhafteten dürfte noch deutlich höher liegen. 48 Personen sind namentlich bekannt.

Dazu gehörten auch Günter Schilling, Helmut Telschow und Werner Deike, der im RAW Blankenburg während einer Diskussion gesagt hatte: „Wenn uns die jetzige Regierung nicht ernähren kann, müssen wir eine neue wählen.“<sup>17</sup>

Unter den Verhafteten befand sich mit der vorhin genannten Ursula Sophie Herynk, die in der Nacht vom 18. zum 19. Juni zu Hause in Derenburg festgenommen wurde, mindestens eine Frau.

<sup>16</sup> Karteikarte zum „Überprüfungsvorgang“ Nr. 214. In: Sammlung Martin Vollmann (BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 276/55, Bd. I).

<sup>17</sup> Gespräch des Verfassers mit Werner Deike (Helmstedt) am 1. Februar 2013 in Helmstedt.

Ende Juni/Anfang Juli 1953 waren im Kreis Wernigerode offenbar alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß.

Dass sie aber überhaupt so verhältnismäßig schnell wieder frei kamen, verdankten sie dem Umstand, dass nicht alle Richter die Vorgaben von SED und MfS nach strikter Bestrafung der „Rädelsführer“ befolgten und sich durch Äußerungen von Justizminister Max Fechner bestätigt fühlten. Fechner ging davon aus, dass das Streikrecht in der DDR verfassungsmäßig garantiert war (Artikel 14 der Verfassung) und auch den sogenannten Rädelsführern konkretes Strafverhalten nachgewiesen werden musste. Außerdem hatte Fechner angeordnet, genau zu unterscheiden zwischen „Agenten, Provokateuren, Rädelsführern auf der einen Seite und den verführten Werktätigen auf der anderen Seite.“<sup>18</sup>

Max Fechner wurde dann am 15. Juli 1953 selbst verhaftet und zwei Jahre später durch das Oberste Gericht der DDR zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die neue Justizministerin hieß Hilde Benjamin. Sie betrieb eine härtere Gangart, als „rote Hilde“ war sie verhasst und gefürchtet.

Als sich das ZK der SED am Sonntag, dem 21. Juni 1953, zu einer Krisensitzung traf, fragte Erich Mielke mit Blick auf den Streik im Elektromotorenwerk Wernigerode: „Warum sind dort die Arbeiter unzufrieden? Man findet dafür keine Erklärung.“<sup>19</sup>

Als „Erklärung“ wurde auf dieser Sitzung die Legende vom „Tag X“ in die Welt gesetzt, womit die SED ausdrücken wollte, dass der „17. Juni“ durch die Adenauer-Regierung und die USA gewissermaßen von langer Hand vorbereitet gewesen sei.

Als einer der Letzten wurde Karl Wernicke am 8. Juli aus der Haft entlassen. Da er bald mit seiner erneuten Festnahme rechnen musste, flüchtete Wernicke am 16. August 1953 nach Westberlin. Das taten auch Walter Gottwald, Heinz Lüdecke, Günter Schilling und Robert Nebelung.

Künftig wollte der Staatssicherheitsdienst in den Betrieben des Kreises Wernigerode den Einsatz der inoffiziellen Mitarbeiter intensivieren. Vor allem sollten alle „angefallenen Personen vom 17. Juni“ durch GI's (= Geheime Informatoren) im Hinblick auf „ihr jetziges Verhalten“ beob-

<sup>18</sup> Zit. nach Kowalczyk, wie Anm. 11, S. 248.

<sup>19</sup> Erich Mielke auf dem 14. Plenum der ZK der SED. In: Stiftung Archiv der Partei- und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv Berlin, DY 30/IV/2/5/117, Bl. 41.



achtet werden, um dabei festzustellen, ob sich „neue Anzeichen einer Provokation“ zeigen würden.<sup>20</sup>

Das Elektromotorenwerk galt dem Staatssicherheitsdienst als Ausgangspunkt, gleichsam als Herd und „Brutstätte“ des „faschistischen Putschversuchs im Kreis Wernigerode.

Karl Wernicke, Heinz Lüdecke und Heinz Bormann wurden Ende 1953 aus der SED ausgeschlossen. Zur Begründung hieß es bei Wernicke: „Nach bisherigen Ermittlungen war Wernicke der Hauptorganisator der provokatorischen Handlungen in unserem Werk. Er hat sich in diesen Tagen als Provokateur und als Gegner unserer Staatsordnung entlarvt.“ Heinz Bormann wurde ausgeschlossen, weil er sich „an den provokatorischen Machenschaften des Wernicke aktiv beteiligt“ habe.<sup>21</sup>

„Parteistrafen 1953“ – so lautet der Titel einer Akte der Wernigeröder SED-Kreisleitung, die heute einen Einblick in die Begründungspalette für die erteilten „Parteistrafen“ ermöglicht.<sup>22</sup> Der Tischler Erich Meyer, der im Wernigeröder Schlachthof sein Parteibuch zerrissen hatte, wurde beispielsweise als „Sprecher des Klassegegners“ ausgeschlossen. Das gleiche Schicksal ereilte dem Blankenburger Konditor Johann Meier, der die Ansicht vertreten hatte, dass „die Wahlen in der DDR keine freien Wahlen“ seien und der außerdem nicht mehr Mitglied der SED sein wollte, „wenn sowjetische Soldaten auf deutsche Arbeiter schiessen“. Der Arbeiter Erich Thum aus Wasserleben musste die Partei verlassen, weil er die „Freiwilligkeit“ der Normerhöhungen bestritt. Gerda Griebbach, die im Elektromotorenwerk DSF-Mitgliedsbücher eingesammelt hatte, kam mit einer Rüge davon.<sup>23</sup>

Doch der SED war inzwischen auch klar geworden, dass sie – wenn sich ihre Herrschaft dauerhaft stabilisieren sollte – Mittel und Wege finden musste, das allgemeine Lebensniveau der DDR-Bevölkerung anzuheben. Erste Vorgaben kamen vom ZK der SED, das auf seiner 15. Tagung am 24./26. Juli 1953 eine „Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung“ beschloss. Auch „der Verkehr der Deutschen von Ost und West“ sollte künftig „erleichtert werden“. So berichtete die „Volksstimme“ am 29. August 1953, das in den letzten beiden Monaten in der DDR „über 430 000 Interzonenpässe“ ausgegeben worden seien. Einen Monat spä-

<sup>20</sup> BStU, MfS, Zentralarchiv, AS 356/57, Bd. 2, Bl. 36–38.

<sup>21</sup> LHASA, MD, P 15, SED-KL Wernigerode, Nr. IV/4/18/210, Bl. 170 f. und 182 f.

<sup>22</sup> Vgl. LHASA, MD, P 15, SED-KL Wernigerode, Nr. IV/4/18/210.

<sup>23</sup> Vgl. ebd.

ter informierte sie über 598 von der Regierung der UdSSR „begnadigte Gefagene“, die nach einem Ersuchen der DDR-Regierung in ihre Heimat zurückkehren durften.<sup>24</sup>

Im August verkündete die sowjetische Regierung, dass zum 1. Januar 1954 die DDR keine Reparationsleistungen mehr erbringen müsse und dass die Besatzungskosten gesenkt würden.

Künftig verstand sich die DDR immer stärker als „souveräner“ Staat. Ihre schon ab 1953 aufgestellten Betriebskampfgruppen sollten einen zweiten „17. Juni“ verhindern helfen.

Mit der Errichtung des „Antifastischen Schutzwalls“, der die deutsche Nation über ein Vierteljahrhundert teilte, starb für lange Zeit die Hoffnung auf eine staatliche Einheit Deutschlands. Doch die Geschichte hat manchmal einen langen Atem. Ihr Urteil sprach sie erst im Herbst 1989, und dieses Urteil war vernichtend.

Am 31. August 1989 fragte Stasi-Minister Erich Mielke auf einer Dienstberatung seine Offiziere: „Ist es so, daß Morgen der 17. Juni ausbricht?“ Ein Oberst beruhigte ihn: „Der ist Morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.“<sup>25</sup> Doch der Oberst täuschte sich über die Lage. Nur wenige Wochen später, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989, fiel die Mauer.

24 *Volksstimme. Organ der Bezirksleitung Magdeburg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Nr. 225 vom 28. September 1953.

25 *Zit. nach Kowalczyk, wie Anm. 11, S. 259.*

**Der 17. Juni 1953 im Geschichtsbild und im Geschichtsbewusstsein in der Gegenwart. Einige Gedanken zur Neuorientierung der Erinnerungskultur: Thomas Großbölting** aus: „Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953“, Hrsg.: Andreas H. Apelt, Jürgen Engert, ISBN: 3-95462-225-4

Die Frage nach dem 17. Juni in der politischen Kultur wie auch in der Erinnerung der Gegenwart kann man in ganz unterschiedlicher Weise angehen. Ich will versuchen, die damit verbundene Problemstellung weniger dokumentarisch zu entfalten, indem ich beispielsweise eine Skizze der schon realisierten und geplanten Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 zeichne. Vielmehr soll es darum gehen, problemorientiert und damit hoffentlich „thought provoking“ zu entfalten, was unseren Umgang mit einem Datum wie dem Volksaufstand in der DDR aktuell prägt. Dazu starte ich mit einem Zitat: „Es war schwer den Tag zu ignorieren. Das Fernsehen zeigte wochenlang Dokumentationen, Diskussionsrunden und Spielfilme. Was Hollywoods Filmindustrie mit dem Film „Holocaust“ in den siebziger Jahren vorgemacht hatte, hat in Deutschland längst Nachahmer gefunden. Mit der Wucht von mehreren hundert Veranstaltungen und Projekten soll der 17. Juni offenbar im Gedächtnis der Deutschen neu verankert werden. Eine solche Medienoffensive fast inflationären Ausmaßes hatte es bis dahin bei keinem anderen historischen Ereignis gegeben – nicht einmal anlässlich des 150. Jubiläums der Revolution von 1848. Zur besten Sendezeit laufen bereits Wochen vor dem 17. Juni Fernsehfilme, aufwändige Fiktionen, in den öffentlich-rechtlichen Programmen und darüber hinaus. [...] Auch die Radiosender richteten ihr Programm auf den [...] Jahrestag des 17. Juni 1953 aus. „Panzer und Poeten“ nannte etwa der Deutschlandfunk seine Sendereihe. [...] Wie noch niemals zuvor sind für den Jahrestag von verschiedenen Institutionen der Wissenschaft [...] und der politischen Bildung [...] sowie von Museen [...] eine Fülle umfangreicher Internetseiten aufgebaut worden. [...] Nicht zu beziffern ist die Zahl der Ausstellungen, [...] ungezählt blieben die vielen wissenschaftlichen Tagungen, die sich gegenseitig Konkurrenz machten. Die größte Resonanz fanden Festveranstaltungen um die Symposien herum, so etwa die medienwirksame Feier, die anlässlich der Tagung der Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes [...] stattfand.“<sup>1</sup>

Diejenigen, die schon länger im Geschichts- und Erinnerungs-„Business“ sind, haben längst erkannt, dass es in diesem Zitat nicht um eine aktuelle Bestandsaufnahme des Jahres 2013 geht. Es handelt sich um eine Recherche

1 Edgar Wolfrum: *Neue Erinnerungskultur? Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/41 (2003), S. 33–39, hier S. 33.

von Edgar Wolfrum aus dem Jahr 2003. Die „Massenmedialisierung des 17. Juni 1953“, so der Heidelberger Zeithistoriker, habe zum 50. Jahrestag stattgefunden. Der 17. Juni 1953 „ist, nachdem er jahrzehntelang missbraucht, verdrängt, vergessen und als Tag der Einheit ausgerechnet 1990 mit seiner Vollendung abgeschafft worden war, ins Gedächtnis zurückgepuscht worden.“<sup>2</sup> War noch wenige Wochen vor dem 50. Jahrestag vielen Schülern – so hatte zumindest eine EMNID-Umfrage ergeben – der 17. Juni „fern wie Troja“, so änderte sich das laut Edgar Wolfrum mit der großen Kampagne des Jahres 2003.<sup>3</sup>

Warum habe ich Ihnen diese „Erfolgsbilanz“ so ausführlich zitiert? Zum einen wird man danach fragen müssen, ob der mit diesen Ausführungen verbreitete Optimismus tatsächlich berechtigt ist. Ob der Mega-Einsatz tatsächlich dafür gesorgt hat, den 17. Juni fest in der Riege der Erinnerungsorte zu verankern? Protagonisten wie Erhart Neubert und verschiedene seiner Mitstreiter hatten das zum Ziel ihres großen Einsatzes erklärt. Ein gerüttelt Maß an Skepsis bleibt angebracht, ob dieses Ziel erreicht wurde. Wurde der Aufstand des 17. Juni zunächst verschwiegen, instrumentalisiert im Westen, vor allem aber im Osten, und dann zu seinem 50. Jahrestag zu Tode gefeiert?

Zum anderen muss eine solche Erfolgsskizze auch danach fragen lassen, was denn den Erwartungshorizont ausmacht, an dem der Stand der Beschäftigung mit dem 17. Juni „gemessen“ wird. Auch hierzu ein kurzes Zitat, um den Stand der Beschäftigung mit dem 17. Juni 1953 im Jahr 2013 anzudeuten, jetzt entnommen der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung und damit eines der wichtigsten Träger von Geschichtserinnerung heute: „17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Der Aufstand vom 17. Juni jährt sich 2013 zum sechzigsten Mal. Er war die erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion überhaupt und eines der Schlüsselereignisse, die den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Jahr 1990 maßgeblich mitbestimmt haben.“

Unsere Website ist vor zehn Jahren erarbeitet und recherchiert worden und ging zum fünfzigsten Jahrestag online. Die Erkenntnisse und Deutungsmuster über den Volksaufstand haben sich seither gefestigt und sind in der öffentlichen Wahrnehmung verankert.

Zum sechzigsten Jahrestag haben wir unsere Website einem kritischen Blick unterzogen: Die zahlreichen O-Töne, Fotos, Karten, Dokumente und

<sup>2</sup> *Ebenda.*

<sup>3</sup> *Ebenda.*

Grafiken vermitteln nach wie vor ein dem aktuellen Forschungsstand adäquates Bild vom 17. Juni 1953. Wir bieten deshalb die gesamte Breite unserer Recherche weiterhin in dieser Online-Chronik an, ohne eine Aktualisierung vorzunehmen.“<sup>4</sup>

Dieser Text gibt uns gleich mehrere Hinweise: In der wissenschaftlichen Erforschung und Interpretation gibt es kaum noch Weiterungen. Wir wissen heute mehr als je zuvor: Mehr als eine Millionen Menschen beteiligten sich am Aufstand, der flächendeckend die ganze DDR erfasste. Um alle Orte des Geschehens zu markieren, müsste man in eine Landkarte über 700 Fähnchen stecken.<sup>5</sup> Der fünfzigste Jahrestag des Aufstandes hat uns zudem eine Reihe von „Geschichten von unten“ geliefert: farbige und sinnenträchtige Episoden aus der Provinz und vom Lande, die unser Bild vom 17. Juni und dessen Erstreckung deutlich erweitert. Zugleich ist uns die Bemerkung der Bundeszentrale ein Hinweis darauf, dass eine Bestandsaufnahme heute fast zwangsläufig hinter den Stand von vor 10 Jahren zurückfallen muss: Die Aufmerksamkeitsregeln der Medien wie auch die Zufälle unseres Zahlen- und Dezimalsystems gestehen dem halben Hundert, der Fünfzig, viel mehr Würde und Gravität zu als der Sechzig. Was erwarten wir denn? Wann eigentlich ist unseren Maßstäben nach der 17. Juni tatsächlich da im Erinnerungshorizont angekommen, wo wir ihn haben wollen? Wann hat er denn seinen Platz in der deutschen Geschichte gefunden, so ließe sich mit dem Untertitel des Buches über die „verdrängte Revolution“ von Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Erhart Neubert fragen<sup>6</sup>: Dann, wenn die Bilanz der Medienaufmerksamkeit zum Sechzigsten quantitativ noch größer ausfiel als die zum Fünfzigsten? Dann, wenn man ein zentrales Denkmal für den 17. Juni errichtete – und das, obwohl der 17. Juni in der geschichtspolitischen Neugestaltung Berlins ganz an den Rand gedrängt bzw. ganz vergessen wurde? Und das obwohl – das wäre ein zweiter Punkt – noch nicht einmal ein wie auch immer geartetes Einheitsdenkmal errichtet wurde? Stellt sich dann Zufriedenheit ein, wenn der Nationalfeiertag zum 17. Juni wiederkommt, obwohl wir genau beobachten konnten, wie der 17. Juni in der alten Bundesrepublik doch eher zu einer kollektiven

4 Bundeszentrale für politische Bildung, 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR, siehe: <http://www.17juni53.de/home/index.html>; Stand: 12.09.2013.

5 Ilko-Sascha Kowalczyk, *Der 17. Juni 1953*, München 2013.

6 Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Erhart Neubert: *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte*, Bremen 2004.

Freizeitveranstaltung wurde? <sup>7</sup> Natürlich, wer wollte schon gegen mehr bewahrte Erinnerung sein oder gegen ein Denkmal, wenn die Alternative bloß in Vergessen oder in leichtfertigem, unter Umständen gefährlichem Verdrängen zu bestehen scheint? Mit noch mehr Gedenken, mit noch mehr manifester Erinnerung, mit noch mehr Musealisierung ist man im Zweifelsfall auch moralisch auf der sicheren Seite. Aber spätestens jetzt, wenn die Gruppe der Geschichtssensiblen bei diesem Gedanken angekommen ist, gilt es kritische Fragen zu stellen und den erstaunlich-unheimlichen Konsens etwas aufzubrechen, in dem sich die neue Hochschätzung von repräsentierter und erinnelter Geschichte vollzieht.

Was wir hier zum 17. Juni und dessen Erinnerung diskutieren, vollzieht sich vor dem Hintergrund einer sich dramatisch verändernden Form von Erinnerung und Gedächtnis, wie wir sie in der modernen und nachmodernen Gesellschaft feststellen können: Die „Zukunft der Erinnerung“ wird anders sein als der Modus der „Vergangenheitsbewältigung“ im Umgang mit der NS-Diktatur wie auch mit der „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur. Eine kurze Charakteristik der besonderen Form von öffentlicher Vergangenheitsthematisierung, wie wir sie in Deutschland West und im wiedervereinigten Deutschland kennen, sei mir in einem ersten Schritt erlaubt. In einem zweiten Schritt will ich dann einige Konsequenzen skizzieren, die sich meines Erachtens aus dieser besonderen Konstellation für die Thematisierung des 17. Juni-Gedenkens heute ergeben.

Im Vordergrund des bundesdeutschen Projekts NS-„Vergangenheitsbewältigung“, so die charakteristische Selbstbezeichnung, standen die Thematisierung und „Bearbeitung“ von Leid und Unrecht, von Täterschaft und Opferstatus. <sup>8</sup> Das Ziel dieses Projekts war es, die Anerkennung und die Aufarbeitung der Vergangenheit gegen diejenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu erkämpfen, die an der Haltung des „Davon haben wir nichts gewusst“ festhielten. Erinnerung war in dieser Konstellation nicht zuletzt Mittel zum Zweck, um die ideologischen Kontinuitäten mit der NS-Vergangenheit zu überwinden. Die frühen Jahre der Bundesrepublik boten genügend Anlass wie auch viel Angriffsfläche für ein solches Vorhaben: Starke Elitenkontinuitäten in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft entsprachen einer allgemeinen Abwehrhaltung gegenüber einer Annäherung an die Vergangenheit.

<sup>7</sup> Vgl. Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 – 1990*, Darmstadt 1999.

<sup>8</sup> Vgl. Volkhard Knigge: *Zur Zukunft der Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2010) 25–26, S. 10–16.

Die Wiedervereinigung, so ließe sich die Entwicklung weiterschreiben, gab dem Projekt Vergangenheitsbewältigung noch einen weiteren Schub, wenn sich auch das Etikett zu „Aufarbeitung“ änderte. Allen Unterschieden zum Trotz gab es doch auch wesentliche Parallelen: Nicht nur dass mit der Übernahme der nationalen NS-Gedenkstätten der DDR nun ein vom Bund getragenes Programm aufgelegt wurde, welches auch den Westeinrichtungen eine neue Grundlage schuf, befestigte das Generationenprojekt. Auch inhaltlich-methodisch orientierte sich ein großer Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur zunächst an den altbundesrepublikanischen Praktiken und Formen, die man in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entwickelt hatte.

In der Forschung fand dieser Weg seine Entsprechung in der kurzen und in der Regel wenig fruchtbaren Renaissance der Totalitarismustheorie. Insbesondere ausländische Beobachter erklärten die besondere Intensität wie auch die vor allem auf Delegitimation zielende Form der Aufarbeitung, mit der sich das wiedervereinigte Deutschland der kommunistischen diktatorischen Vergangenheit angenommen hat, mit dem „Lerneffekt“ der NS-Thematisierung.<sup>9</sup> In der alten Bundesrepublik war es auf diese Weise gelungen, so resümiert mit Volkhard Knigge einer der wichtigsten Protagonisten des Erinnerungssegments, ein „negatives Gedächtnis als staatlich geförderte, öffentliche Aufgabe zu etablieren und zu einer Ressource für demokratische Kultur und diese fundierende Lern- und Bildungsprozesse zu machen.“<sup>10</sup>

Die Zukunft der Erinnerung ist dieser besondere Modus wohl nicht, und das gleich in mindestens doppelter Hinsicht: Kritik entwickelte sich innerwissenschaftlich, vor allem aber – und das scheint mir in unserem Zusammenhang viel wichtiger – aus der Praxis der historisch-politischen Bildung. Insbesondere Autoren wie Volkhard Knigge, Jan Philipp Reemtsma, Harald Welzer oder auch der Althistoriker Christian Meier und andere haben ihre Bedenken scharf herausgearbeitet. Im öffentlichen „Gedenkwesen“ (C. Meier) sei das an eine Generation gebundene Projekt „Historisches Lernen qua Erinnerung“ zur kontraproduktiven Pathosformel verkommen. „Eine zumeist von Älteren angemahnte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit tritt ihnen überwiegend als Erinnerungsimperativ [...] entgegen und begegnet ihnen in Gestalt massenmedialer oder öffentlich habitualisierter Redundanzen und Kummerformen wie etwa

9 James McAdams: *Judging the Past in Unified Germany*, Cambridge 2001, hier S. 9.

10 Volkhard Knigge: *Zur Zukunft der Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25-26 (2010), S. 10–16, hier S. 12.

Gedenkstättenpflichtbesuchen, rhetorischen Codes, visuellen Klischees oder vordergründiger Symbolpolitik." <sup>11</sup> In der Konsequenz wurde sogar für einen Abschied vom „Erinnerungsparadigma“ plädiert. <sup>12</sup>

Die Beschränkungen und Grenzen des Projekts „Vergangenheitsbewältigung“/„Aufarbeitung“ treten besonders mit Blick auf die Nachgeschichte der zweiten Diktatur in Deutschland zutage: Wo es hinsichtlich des Nationalsozialismus gelang, zumindest oberflächlich eine breite gesellschaftliche Verständigung über dessen historische Positionierung zu etablieren, da blieb mit Blick auf die SED-Diktatur der vielfach erhoffte Effekt aus: Ein breiter Konsens, welchen Ort der deutsche Staatssozialismus sowjetischen Typs in der Gedenk- und Erinnerungskultur der Bundesrepublik einnehmen soll, ist nicht in Sicht und wird als Zielperspektive selbst zunehmend problematisiert. Muss es, kann es oder darf es eine einheitliche Deutung der DDR-Vergangenheit geben? Die verschiedenen Phasen des deutsch-deutschen Selbstverständigungsdialogs (Vereinigungskrise, Ostalgiedebatte, Trotzidentität und andere Stichworte sind hier zu nennen) sind mittlerweile beschrieben, wenn auch noch nicht analysiert. Folgt man entsprechenden Umfragen, dann ist die aus anderen zeitgeschichtlichen Diskursen bereits bekannte Diskrepanz zwischen kulturellem und kommunikativen Gedächtnis mit Blick auf die Erfahrungs-, aber keineswegs homogene Erinnerungsgemeinschaft der Ostdeutschen evident und wird als Problem des mentalen Einigungsprozesses markiert. <sup>13</sup>

Das führte dazu, dass die Vergangenheitsthematisierung im deutsch-deutschen Selbstverständigungsdiskurs meist eher spaltende als integrierende Wirkung hatte. Geschichtspolitische Forderungen nach einem „verbindlichen“ und in der Regel delegitimierenden Umgang mit der DDR-Geschichte, wie sie sich in Teilen der historisch-politischen Bildung formuliert finden, werden mit heterogenen, konträren und teils DDR-affirmativen Deutungen im geschichtskulturellen Diskursfeld konfrontiert. Zusätzlich differenzieren sich die mit der Beschäftigung mit Vergangenheit verbundenen Funktionen deutlich aus: Der „klassisch“ didaktische Anspruch der historisch-politischen Bildung verband sich oftmals mit einer praktischen Nutzung, die an nationalstaatlichen, zum Teil

<sup>11</sup> *Ebenda*, S. 13.

<sup>12</sup> Vgl. *pointiert ebenda*, S. 10.

<sup>13</sup> Jan Assmann: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992; Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, 2. Auflage, München 2008.



parteipolitischen oder religiösen Identifizierungsmechanismen gebunden waren. Wie die SED eine diktatorische Geschichtspolitik betrieben hat, wie aber auch in der prinzipiell offenen Gesellschaft der Bundesrepublik die bundesdeutschen Großparteien den 17. Juni 1953 jeweils für sich instrumentalisiert haben, liegt auf der Hand. Das haben wir bereits erörtert.

Diese Form der stark politikgebundenen Vergangenheitsthematisierung nimmt ab: An deren Stelle treten z. T. neue geschichtskulturelle Formate wie Musik- und Filmproduktionen oder auch private Museen. Diese verstehen sich als Dienstleistungssektoren oder als Elemente der Unterhaltungsindustrie. Im Zuge einer generell beobachtbaren Transformation muss ihnen daher verstärkt auch ein ökonomisches Interesse eigen sein. Spezifische Unterhaltungs- und Sinnstiftungsmodi dieser Formen zielen in neuer Weise auf antizipierte Adressatenerwartungen und sind in der Konsequenz mit einer selektiven Hinwendung zur Diktaturgeschichte in Deutschland verbunden.

All diese Veränderungsprozesse wurden und werden angestoßen wie auch beschleunigt durch einen rasanten Medienwandel, dessen tiefgreifenden Wirkungen bislang wohl kaum abschließend abzuschätzen sind: Die beschleunigte und raumlose Kommunikation des Internets und der sozialen Netzwerke erweitert die Möglichkeiten auch des Umgangs mit der Vergangenheit ungemein. Im Bereich der Erinnerungskultur fungieren insbesondere die sozialen Netzwerke als ein „Assoziationsraum“, in dem die rezipierten Inhalte seitens der Nutzer gesammelt und verteilt werden und sich Motive verdichten (Meyer 2009a, 197). Damit ist die Dezentrierung wie auch die Pluralisierung von Geschichtsbildern unausweichlich (vgl. Mayer 2009).<sup>14</sup> Die herkömmlichen Plattformen und Medien für die Diskussion von Geschichte verlieren an Einfluss, ohne aber ganz in der Bedeutungslosigkeit zu versinken: Nach wie vor, so zeigen erste Untersuchungen zur Geschichtsthematisierung im Netz, werden die Themen meist anderswo gesetzt: Geschichte im Film und in dokumentarischen Formaten, in Büchern, zum Teil auch im Geschichtsunterricht. Die dort angestoßenen Debatten werden dann im Netz fortgesetzt und

<sup>14</sup> Vgl. dazu Meyer, Erik (2009a): *Erinnerungskultur 2.0? Zur Transformation kommunikativer Kommunikation in digitalen, interaktiven Medien*. In: ders. (Hrsg.): *Erinnerungskultur 2.0. Kommunikative Kommunikation in digitalen Medien*. Frankfurt a. M. 2009, S. 167–206, S. 197. Allgemein dazu ders., *Problematische Popularität? Erinnerungskultur, Medienwandel und Aufmerksamkeitsökonomie*. In: Korte, Barbara/Paetschek, Sylvia (Hrsg.): *History Goes Pop. Zur Repräsentation von Geschichte in populären Medien und Genres*. Bielefeld 2009, S. 267–288.

vertieft. <sup>15</sup> Die informationstechnische Entwicklung bedeutet somit sicher nicht das Ende, vielleicht nicht einmal eine Krise des Erinnerns, wohl aber eine tiefgreifende Veränderung ihrer Formen und Funktionen. Wo Erinnerungskulturen heute meist zivilgesellschaftlich und dezidiert politisch begründet werden, so sind sie in Zukunft eher kommerziell motiviert; wo sie heute zumindest dem Anspruch nach auf Nachhaltigkeit angelegt sind, werden sie morgen eher episodenhaft und kampagnenförmig sein; wo sie heute noch vergegenständlicht und diskursiv sind, werden sie morgen visualisiert und virtuell sein. Bewegen sie sich heute noch fast selbstverständlich im nationalstaatlichen Deutungsrahmen, werden sie zukünftig räumlich unbestimmter und eher global ausgerichtet sein. Viele dieser Trends deuteten sich schon bei den Feiern zum 50. Jahrestag des 17. Juni entsprechend an und werden sich in der Zukunft verstärken.

Müssen wir bei unseren Überlegungen zum „historischen Gedächtnis und dem 17. Juni 1953“ Konsequenzen aus diesen Transformationen ziehen? Drei Gedanken will ich zumindest kurz andeuten: Wir müssen aufpassen, dass wir mit unseren Darstellungen und Intentionen nicht zu geschichtspolitischen Dinosauriern werden. Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 scheint automatisiert. Vieles wird nur noch wiederholt, mit den immer gleichen Formulierungen und Bildern werden Assoziationen abgerufen, die das Identische nur noch einmal bestätigen. „Gut und Böse, Abschreckung und Vorbild werden klar festgelegt. Man beginnt zu gähnen und fürchtet sich vor den offiziellen Sonntagsreden“, so schreibt die Brandenburger Historikerin Martina Weyrauch. <sup>16</sup>

Man muss nicht dem gesamten Gebäude der Systemtheorie folgen, um einen Gedanken für die hier angestellten Überlegungen fruchtbar zu machen: Die in hohem Maße stilisierte und auf sehr schematische Bilder konzentrierte Thematisierung von Vergangenheit kann man funktional auch als „Kommunikationsverhinderungskommunikation“ (Niklas Luhmann) charakterisieren. Vergangenheit hat weitgehend ihre Fähigkeit verloren, als Tradition Legitimität und vielleicht gar einen Wertekonsens zu stiften. Stattdessen wird sie deshalb „nur noch in ihrer spezifischen Funktion als reduzierte Komplexität [...] herangezogen.“ Vergangenheit fungiert als Element der Unsicherheitsabsorption durch „taktische

15 Dörte Hein: *Virtuelles Erinnern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25/26 (2010), S. 23–29, hier S. 27.

16 Martina Weyrauch: *Der 17. Juni 1953 und die historisch-politische Bildung. Kann man aus der Geschichte wirklich lernen?* Siehe: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/4188>; Stand: 12.09.2013.

Vereinnahmung oder Aufbau einer geschichtlichen Tradition generalisierter Erfahrungen".<sup>17</sup>

An Stelle von Konkretisierung, Präzision, die damit verbundenen verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung und des Gedächtnisses mit ihren unterschiedlichen Perspektiven und Akzenten tritt ein recht unbestimmt bleibendes, vor allem symbolisch verdichtetes Erinnerungsmoment. Ganz profan gesagt: Wir kleben dem Ereignis 17. Juni 1953 ein großes Etikett auf, charakterisieren die vergangenen Ereignisse als Kampf für die Freiheit, als Fortsetzung der Französischen Revolution von 1789 oder als Vorgänger der Friedlichen Revolution 1989 und belassen es dabei. Mit dieser eher abstrakten Beschäftigung mit der Vergangenheit läuft Geschichtspolitik Gefahr, zur formelhaften „Erinnerungsreligion“ zu gerinnen, die von Zeit und Ort abstrahiert und sich letztlich festmacht an abstrakten Erinnerungssikonen. „Zurück bleibt ein entleertes, inhaltsloses Konstrukt, auf das sich vielleicht alle als gemeinsamen Bezugspunkt beziehen und verständigen können, das dabei alles Herausfordernde verloren hat und zum Kitsch wird.“<sup>18</sup> Was wir stattdessen brauchen, so ließe sich mit Helmut König dagegen halten, ist „die Bewahrung und Öffnung von Räumen für konkrete Erzählungen und Erfahrungen.“<sup>19</sup> Wer die Filmaufnahmen und Fotos gesehen hat und erkennen kann, wie freudig Männer und Frauen an diesem Datum demonstriert haben, der ahnt rasch, wie viel Hoffnung und Zuversicht, aber auch wie viel Enttäuschung und Leid an diesem Datum hängen. Der 17. Juni vermittelt Erfahrungen von Opposition, Widerstand und Aufstand gegen eine Diktatur und damit – wenn wir es in die Sprache von heute übertragen – Erfahrungselemente eines zivilbürgerlichen Engagements, die in Deutschland doch sehr rare Schätze sind.

Ich will einen zweiten Gedanken hinzufügen, den ich unter dem Stichwort „Reflexive Erinnerungskultur“ einführen möchte: History is a verb, not a noun – Geschichte ist ein Verb, eine Handlung und kein Nomen! So hat Keith Jenkins schon vor Jahren mit einem falsch verstandenen Historismus gebrochen.<sup>20</sup> An wohl nur wenigen Beispielen kann man diese Einsicht so gut demonstrieren und durchdeklinieren wie am 17. Juni

17 Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung, Bd. 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Opladen 1970, S. 167 f.

18 Vgl. Helmut König: *Politik und Gedächtnis*, Weilerswist 2008.

19 Vgl. ebenda.

20 Keith Jenkins, Sue Morgan, Alun Munslow, *Introduction: On Fidelity and Diversity*, in: dies. (Hrsg.), *Manifestos for History*, New York 2007, S. 1–11, hier S. 5.

1953. Wie kaum ein anderes Ereignis ist dieses instrumentalisiert und missbraucht worden für ideologische, politische oder sonstige Zwecke. Wichtig bleibt – und an nur wenigen anderen Beispielen lässt sich auch der prinzipielle Konstruktionscharakter von Geschichte zeigen: Wir greifen aus der abgeschlossenen Vergangenheit das heraus, was uns heute zur Orientierung in Gegenwart und Zukunft dient und versehen es mit einem Identitätsklebstoff namens „Wir heute, wir damals“.

Zugleich aber sollten wir gegen eine postmoderne Nivellierung an dem kategorialen Unterschied zwischen einer Geschichtswissenschaft, die auf eine methodisch kontrollierte, intersubjektiv überprüfbare und damit bedingt objektive Rekonstruktion der Vergangenheit aus ist, und der Erinnerung, der Gedächtnispolitik festhalten – nicht um die öffentliche Thematisierung von Vergangenheit auf diese Weise zu diskreditieren, wohl aber um ein aufklärendes Gegengewicht zu bieten. Idealer Weise käme man dann von der *top-down-Pädagogik* mit dem Modus „Ihr sollt wissen“ zu der *Erarbeitung von Zusammenhängen von unten*. Abstrakt gesprochen beförderten wir auf diese Weise die Bildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins als Resultat einer begreifen-wollenden Auseinandersetzung sowohl mit Quellen und Überresten als auch – an sie rückgekoppeltem – Durcharbeiten historischer Erinnerungen.<sup>21</sup> Will Erinnerung die kritische und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit den Horizonten der eigenen Geschichte bewahren, dann braucht es meines Erachtens genau diese Rückkopplung und die Vermittlung einer solchen Geschichtskompetenz.

Was kann der Lerneffekt der Auseinandersetzung mit dem 17. Juni sein? Historizität – ein Gespür dafür zu bekommen, dass das eigene Leben veränderbar und gestaltbar ist. Zugespitzt formuliert ginge es darum, Lebensgeschichten an die große Geschichte zurückzukoppeln, so wie es die DDR-Bürger 1953 auch gemacht haben. Welches Bewusstsein meiner Subjektivität habe ich, welches Freiheitsverständnis prägt mich, welche Bedeutung messe ich mir im Staatswesen zu, welche Verpflichtung zur Solidarität und des Eingebundenseins in verschiedene Zusammenhänge leite ich daraus ab? Es ist nicht gleichgültig, was der Einzelne tut, sondern es lohnt, sich für die Belange einzusetzen, die die eigenen wie auch diejenigen der anderen sind.

Der 17. Juni ist auf diese reflektierte Weise ein wichtiges Vermächtnis: Er verweist auf eine vom Freiheitswunsch inspirierte Aufstandsbewegungen in Deutschland. Er ist eine Verpflichtung zum trauernden Gedenken mit

<sup>21</sup> Volkhard Knigge: *Zur Zukunft der Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25-26 (2010), S. 10–16, hier S. 14.

Blick auf die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes und die damit verbundenen Opfer. Er ist ein Moment des Stolzes auf einen – jetzt wieder in moderne Begriffe übersetzt – bürgerrechtlichen, zivilgesellschaftlichen Mut, welcher auf gemeineuropäischen Überzeugungen fußte: auf Freiheit und auf Recht und auf Einigkeit in Solidarität.

## Literaturverzeichnis

Assmann, Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.

Bundeszentrale für politische Bildung, 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR, URL: <http://www.17juni53.de/home/index.html>, abgerufen am 12.09.2013.

Eisenfeld, Bernd, Kowalczyk, Ilko-Sascha, Neubert, Erhart, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.

Hein, Dörte, Virtuelles Erinnern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/26 (2010), S. 23-29.

Jenkins, Keith, Morgan, Sue, Munslow, Alun, Introduction: On Fidelity and Diversity, in: Dies. (Hrsg.), Manifestos for History, New York 2007, S. 1-11.

König, Helmut, Politik und Gedächtnis, Weilerswist 2008.

Knigge, Volkhard, Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/26 (2010), S. 10-16.

Leggewie, Claus/Meyer, Erik (Hrsg.), Erinnerungskultur 2.0. Kommemorativ Kommunikation in digitalen Medien, Frankfurt am Main 2008.

Luhmann, Niklas, Soziologische Aufklärung, Bd. 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Opladen 1970.

McAdams, A. James, Judging the Past in Unified Germany, Cambridge 2001.

Welzer, Harald, Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung, 2. Auflage, München 2008.

Weyrauch, Martina, Der 17. Juni 1953 und die historisch-politische Bildung. Kann man aus der Geschichte wirklich lernen? URL: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/4188>, abgerufen am 12.09.2013.

Wolfrum, Edgar, Neue Erinnerungskultur? Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/41 (2003), S. 33-39.



17.06.2014, nach der Gedenkveranstaltung auf dem Hallmarkt in Halle (Saale). Seit 2003 trägt dieser Platz den Namenszusatz „Platz des 17. Juni“. V.l.n.r.: Heidi Bohley (Zeit-Geschichte(n) e.V.), Freya Klier (Autorin und Regisseurin des Dokumentarfilms „Wir wollen freie Menschen sein“), Marit Krätzer (seit 2014 Leiterin der Außenstelle des Bundesbeauftragten in Halle) und Birgit Neumann-Becker (Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt)

## Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik des Landes Sachsen-Anhalt  
 Klewitzstraße 4, 39112 Magdeburg  
 E-Mail: [lstu@justiz.sachsen-anhalt.de](mailto:lstu@justiz.sachsen-anhalt.de)  
 Internet: [www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de](http://www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de)  
 Druck: eindruck Inh. Mathias Garloff, Magdeburg

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Referenten die Verantwortung.

Das Halle-Forum 2013 war eine Kooperationsveranstaltung zwischen

- der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)
- der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloss Wendgraben
- der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
- der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
- dem Verein Gegen Vergessen-Für Demokratie e. V.
- der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e. V.





**SACHSEN-ANHALT**

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen  
Demokratischen Republik  
in Sachsen-Anhalt